

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 15, Enthält Materialien zur Fortführung der Diskussion bei der Jahrestagung 2021 des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation. am 26./27. JUNI 2021 in Mannheim. Christoph Cornides, c/o Verein für Politische Bildung linke Kritik und Kommunikation, Marienstr. 32, 50825 Köln (E.i.S.). Eva Detscher (V.i.S.d.P)

Diese als Beilage zu den Politischen Berichten publizierte Ausgabe Nr. 15 der „Ergebnisse und Materialien“ enthält sämtliche Einsendungen – Rezensionen und Dokumentationen – zu Veröffentlichungen unterschiedlicher Art aus und zu China, die nach einer Ausschreibung in den Politischen Berichten Nr. 4/2021 zusammengekommen sind. Es zeichnet sich ab, dass sich das Thema auch als Gegenstand der nächsten Anfang 2022 hoffentlich in Präsenz möglichen Tagung unseres Vereins für politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation aufdrängt.

Entwicklungen Chinas, Aktionen, Reaktionen

Einleitung Christoph Cornides, Mannheim

Thema und Bezugspunkt der Texte in dieser Ausgabe sind Bücher, Veröffentlichungen, Verlautbarungen über die Entwicklung Chinas seit Beginn der Reformpolitik Deng Xiaopings 1978, seine dann folgende wirtschaftliche und außenpolitische Entwicklung, die neue Rolle Chinas als einer führenden Wirtschaftsmacht und ihren Einfluss auf die Veränderungen aktueller internationaler Beziehungen.

Kein Beitrag zu und aus dieser Entwicklung erfolgt voraussetzungslos und ohne aktuelle politische Absicht.

Deutschland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner in Europa geworden und China wurde der wichtigste Handelspartner Deutschlands in Asien. Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in China betrug 2018 86,2 Milliarden Euro. Der Bestand chinesischer Direktinvestitionen hat sich seit 2004 sechsfacht. Er lag Ende 2018 bei 3,2 Milliarden Euro.

Die US-amerikanische Außenpolitik schlägt nicht erst seit Trump und fortgesetzt unter Präsident Biden einen konfrontativen Ton gegenüber China an. Die neu gebildete Allianz „AUKUS“ (USA, Großbritannien, Australien, „Indopazifik Sicherheitspakt“) hat nicht nur das französisch-australische U-Boot-Geschäft platzen lassen, sie demonstriert vor allem Beherrschung des Südpazifiks durch die vereinigten westlichen Seemächte.

Dagegen hätte Deutschland gegenüber China viel zu lange auf das Paradigma „Wandel durch Handel“ gesetzt und inzwischen drohe „...China die regelbasierte Ordnung ebenso wie die westlichen Demokratien zu verändern“, so in einem Bericht „Aktionsplan China und die Außenpolitik“ vom 20.9.2021, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. (<https://dgap.org/de/forschung/publikationen/aktionsplan-china-und-aussenpolitik>) „Eine klare Position gegenüber China kann nur noch im Verbund der EU durchgehalten werden. ... Der deutsche Einfluss schwindet, wenn die EU nicht als Ganzes handlungsfähiger wird. Doch bis heute sind die EU-Mitgliedsstaaten gespalten. ... Der Druck auf Deutschland, seine China-Politik anzupassen steigt. ... Auch die Vereinigten Staaten von Amerika drängen auf eine Wende der Chinapolitik, Die neue

Bundesregierung sollte die deutsche Chinapolitik von Grund auf ändern.“ („Aktionsplan...“ a.a.O.).

An der Umsetzung solcher und ähnlicher Ratschläge arbeitet die deutsche Bundesregierung aus eigenem Antrieb schon länger. Sie hat insbesondere die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 genutzt, um eine EU-Strategie zur „Eindämmung“ Chinas in der EU durch- und umzusetzen.

Ein erster entscheidender Schritt dabei war die Verabschiedung von „Schlussfolgerungen des Rates zu einer EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum“, vom 16. April 2021 (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_4709). Sowohl im Titel wie in der Ausführung empfiehlt sich hier die EU zunächst als Partner aller Staaten „im indopazifischen Raum“, wozu die EU dort ihre strategische Ausrichtung und ihre Präsenz erhöhen müsse. Der Rat fordert die EU auf, eine „kohärente Gesamtstrategie für den Indischen Ozean“ zu entwickeln.

Sechs Monate später, am 16. September 2021, verabschiedet das Europaparlament dann eine Entschließung mit überdeutlicher Ansage gegen China, Titel „Entschließung des Europäischen Parlaments zu einer neuen China-Strategie der EU“, aus der wir nachfolgend Auszüge dokumentieren.

Als Ausgangspunkt dieser neuen „China-Strategie der EU“ bestimmt die Entschließung:

- Eine „Menschenrechtspolitik“ gegenüber China, die zum Maßstab aller Politikfelder gemacht werden müsse. Das gelte für die Handels-, Investitions-, Technologie-, Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber China.
- Es gelte die Feststellung, dass Chinas Entwicklung, seine wirtschafts- und Außenpolitik „erhebliche und dauerhafte Folgen für die Weltordnung hat und eine Bedrohung für den regelbasierten Multilateralismus und demokratisch zentrale Werte darstellt“.
- Entgegen den Hoffnungen auf „Wandel durch Handel“ hält die Entschließung die ausdrückliche Feststellung für erforderlich, „...dass die Volksrepublik China ein kommunistischer Zentralstaat mit Einparteiensystem ist, der von der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) regiert wird und dem Mar-

Inhalt

Entwicklungen Chinas, Aktionen, Reaktionen, Einleitung Christoph Cornides	1
Dokumentiert: Eine neue China-Strategie der EU – Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2021 (2021/2037(INI))	2
Studie der Rosa Luxemburg Stiftung dokumentiert in Auszügen (Einleitung – Statistik – Fazit) Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise	5
Nachdenkliches zur neuen Weltordnung. Von der „Pax Americana“ zur „Pax Sinica“? Rüdiger Lötzer, Berlin	8

Hinweise auf Auseinandersetzung mit dem „Maoismus“ in den Politischen Berichten. Alfred Küstler, Stuttgart.	9
Li Junru „Der chinesische Traum“ – Eine Strategie der Entwicklung wird vorgestellt. Auszüge und Notizen. Martin Fochler	10
Dokumentiert: Erklärung über das Recht auf Entwicklung der Generalversammlung der UNO	12
Württemberg im Boxerkrieg. Als Racheengel nach China, (Nachdruck mit freundl. Genehmigung). Erhard Korn	16
Behrens, Uwe (2021): Feindbild China: Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen. Jürgen Fischer, München	16
Quellenhinweise zu seit 2018 erstellten PB-Beiträgen zum Stichwort „China“	16

xismus-Leninismus verpflichtet ist ... (und) dass es ... demokratische Werte wie individuelle Freiheit, Redefreiheit und Religionsfreiheit nicht teilt“.

Denn, so die Entschließung, China müsse zwar als „Kooperations- und Verhandlungspartner für die EU, aber in einer zunehmenden Anzahl von Bereichen auch (als) ein wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrival“ gesehen werden.

Dementsprechend fordert das Europaparlament eine „...Strategie (, die) auf sechs Säulen basiert:

- 1) offener Dialog und Zusammenarbeit hinsichtlich globaler Herausforderungen,
- 2) verstärktes Engagement für universelle Werte, internationale Normen und Menschenrechte,
- 3) Analyse und Identifizierung von Bedrohungen, Schwächen und Herausforderungen,
- 4) Aufbau von Partnerschaften mit gleichgesinnten Partnern,
- 5) Förderung offener strategischer Autonomie, auch in Handels- und Investitionsbeziehungen,
- 6) Verteidigung und Förderung grundlegender europäischer Interessen und Werte durch Umwandlung der EU in einen wirksameren geopolitischen Akteur.“

Das bedeutet u.a. offensichtlich nicht weniger, als dass die „neue China-Strategie der EU“ auch als Hebel für die wirtschaftliche, außenpolitische und militärische Weiterentwicklung der EU mit dem Ziel der „... Umwandlung der EU in einen wirksamen geopolitischen Akteur“ genutzt werden soll.

Dazu ist dann unter Punkt 36 der Maßnahmen und Vorschläge zu lesen: „...fordert eine stärkere Zusammenarbeit der EU mit der Nato hinsichtlich der chinesischen Sicherheits Herausforderungen; unterstützt den Vorschlag der Nato, eine politische Strategie für eine Welt zu entwickeln, in der China eine globale Großmacht sein wird; fordert, dass diese Strategie an verschiedenen Szenarien für die Entwicklung der Beziehungen zu China ausgerichtet wird, einschließlich der Möglichkeit einer weiteren Verschlechterung der Sicherheit im Südchinesischen Meer; ...“

Stoff genug also auch für eine gründliche Befassung in der Linken und in Diskussion und Auseinandersetzung mit allen demokratischen Richtungen und Parteien über die Entwicklung Chinas und in und gegenüber China.

Dokumentation erheblich gekürzt: Die 23 „Hinweise“ auf Beschlüsse und Stellungnahmen wurden gänzlich weggelassen, von den 12 (A-L) Erwägungsgründen konnten nur „A“ und „B“ dokumentiert werden und in den 70 Empfehlungen mussten ganze Punkte weggelassen und in den Einzelpunkten gekürzt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0382_DE.pdf

Europäisches Parlament 2019-2024, ANGENOMMENE TEXTE, P9_TA(2021)0382

Eine neue China-Strategie der EU – Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2021 zu einer neuen China-Strategie der EU (2021/2037(INI))

... In Erwägung ...

A. in der Erwägung, dass die EU in ihrem Strategischen Rahmen für Menschenrechte und Demokratie erklärt, die EU werde die Menschenrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit „in ausnahmslos allen Bereichen ihres auswärtigen Handelns“ fördern und „die Menschenrechte in den Mittelpunkt ihrer Beziehungen zu sämtlichen Drittländern einschließlich ihrer strategischen Partner stellen“;

B. in der Erwägung, dass China durch sein starkes Wirtschaftswachstum und seine bestimmende außenpolitische Agenda, insbesondere seine Investitionsstrategie, seine Strategien „Going Global“ und „Made in China 2025“ sowie die Initiative der neuen Seidenstraße („One Belt, One Road“), eine stärkere globale Rolle sowohl als Wirtschaftsmacht als auch als außenpolitischer Akteur zukommt, was die EU vor ernsthafte politische, wirtschaftliche, sicherheitspolitische und technologische Herausforderungen stellt, was wiederum erhebliche und dauerhafte Folgen für die Weltordnung hat und eine Bedrohung für den regelbasierten Multilateralismus und demokratisch zentrale Werte darstellt;

C. in der Erwägung, dass die Volksrepublik China ein kommunistischer Zentralstaat mit Einparteiensystem ist, der von der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) regiert wird und dem Marxismus-Leninismus verpflichtet ist; in der Erwägung, dass es als solcher demokratische Werte wie individuelle Freiheit, Redefreiheit und Religionsfreiheit nicht teilt;

(...)

1. empfiehlt dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HR/VP) und dem Rat:

a) eine entschlosseneren, umfassenderen und konsistenteren China-Strategie der EU zu entwickeln, ... hebt hervor, dass China ein Kooperations- und Verhandlungspartner für die EU, aber in einer zunehmenden Anzahl von Bereichen auch ein wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrival ist;

b) vorzuschlagen, dass diese Strategie auf sechs Säulen basiert:

- 1) offener Dialog und Zusammenarbeit hinsichtlich globaler Herausforderungen,
- 2) verstärktes Engagement für universelle Werte, internationale Normen und Menschenrechte,
- 3) Analyse und Identifizierung von Bedrohungen, Schwächen und Herausforderungen,
- 4) Aufbau von Partnerschaften mit gleichgesinnten Partnern,
- 5) Förderung offener strategischer Autonomie, auch in Handels- und Investitionsbeziehungen,
- 6) Verteidigung und Förderung grundlegender europäischer Interessen und Werte durch Umwandlung der EU in einen wirksameren geopolitischen Akteur; Offener Dialog und Zusammenarbeit hinsichtlich globaler Herausforderungen

2. fordert den HR/VP auf, dafür zu sorgen, dass in der neuen China-Strategie der EU ein auf Grundsätzen und Interessen basierender Dialog mit China über globale Herausforderungen vorgesehen wird,

5. betont, wie wichtig es ist, Chinas Engagement für die Bekämpfung des Klimawandels und anderer Umweltprobleme durch die Stärkung der Partnerschaft zwischen der EU und China in diesem Bereich zu fördern; ...

6. fordert die jährliche Durchführung und regelmäßige Überwachung von ergebnisorientierten Menschenrechtsdialogen ...

10. betont, dass mit der Prüfung und Ratifizierung des umfassenden Investitionsabkommens zwischen der EU und China erst begonnen werden kann, wenn die chinesischen Sanktionen gegen MdEP und EU-Organe aufgehoben wurden; ...

11. ... fordert die Kommission auf, ... alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und die Debatte um das umfassende Investitionsabkommen zwischen der EU und China zu nutzen, um den Schutz der Menschenrechte und die Unterstützung der Zivilgesellschaft in China zu verbessern; ...

13. fordert China auf, sich an internationale Standards zu halten, auch in Bezug auf seine Einwirkung auf das Klima, die Umwelt, die biologische Vielfalt, die Armut, die Gesundheit, die Arbeitnehmerrechte und die Menschenrechte; ...

22. ist der Ansicht, dass durch die neue China-Strategie der EU die notwendigen Instrumente und Daten bereitgestellt werden sollten, um die von China ausgehenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Bedrohungen – u.a. durch seine Initiative der neuen Seidenstraße, seine Strategie des „Doppelten Wirtschaftskreislaufs“, seinen 14. Fünfjahresplan sowie seine Strategien „Made in China 2025“, „China Standards 2035“ und „16+1“, einschließlich seiner militärischen Modernisierung und seines militärischen Kapazitätsaufbaus – sowie deren Auswirkungen auf die offene strategische Autonomie der EU und auf die multilaterale, regelbasierte Ordnung zu bewältigen; ...

23. fordert die Kommission auf, eine EU-weite und nach Mitgliedstaaten – möglichst sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene – aufgeschlüsselte Prüfung der Abhängigkeit der EU von China in bestimmten strategisch wichtigen und kritischen Wirtschaftszweigen, einschließlich Arzneimittelversorgung, in Auftrag zu geben, ...

24. fordert die Kommission und den Rat auf, Mechanismen auszuarbeiten, um diesen Bedrohungen auf kohärente Weise zu begegnen, ...

c) die Fähigkeiten der EU zur Verwirklichung des Ziels der globalen Führungsmacht stärken, auch durch Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern;

d) vor Veranstaltungen mit Bezug zur Initiative der neuen Seidenstraße für die institutionelle Koordinierung ... sicherzustellen, dass die Entscheidungen der an der Initiative beteiligten Akteure mit der Politik und den Interessen der EU im Einklang stehen ... hebt hervor, dass die Projekte im Rahmen der Initiative der neuen Seidenstraße genau beobachtet werden müssen, auch im Hinblick auf ihre negativen politischen Auswirkungen in der EU;

e) wichtige Infrastrukturverträge in den Mitgliedstaaten und Beitrittsländern überwachen, um sicherzustellen,

len, dass diese mit den Rechtsvorschriften der EU sowie mit den strategischen Interessen der EU – wie in der China-Strategie der EU festgelegt – im Einklang stehen; ...

25. ... weist erneut auf Artikel 24 EUV hin, in dem es heißt, dass die „Mitgliedstaaten [...] die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ unterstützen ... könnte“;

26. ist der Ansicht, dass die Umsetzung der China-Strategie der EU und der nationalen politischen Strategien und Maßnahmen in Bezug auf China zwischen den Organen der EU, den Mitgliedstaaten, den verschiedenen Generaldirektionen der Kommission und dem Europäischen Parlament regelmäßig koordiniert werden sollte; ...

27. erklärt sich besorgt darüber, dass europäische Unternehmen von einer steigenden Zahl von Fällen hybrider Angriffe, chinesischer Industriespionage und Cyberdiebstahl betroffen sind; betont, wie wichtig es ist, die privaten und öffentlichen Cyberkapazitäten zu stärken; fordert eine engere Zusammenarbeit und die Einrichtung eines Systems, mit dem den böswilligen Handlungen Chinas im Cyberraum ein Ende bereitet wird, einschließlich Cyberangriffen, erzwungener Technologietransfers, Cyberspionage und Cyberdiebstahl des geistigen Eigentums; betont, dass eine engere Zusammenarbeit mit den Nato- und G7-Staaten gefördert werden muss, um von China ausgehende hybride Bedrohungen, einschließlich Cyberangriffen, und Desinformationskampagnen zu bekämpfen, auch indem den Mitgliedstaaten erlaubt wird, auf freiwilliger Basis gemeinsame Gegenmaßnahmen einzuleiten, selbst wenn die Angriffe nicht so schwerwiegend sind, dass auf ihrer Grundlage Artikel 5 des Nato-Vertrags oder Artikel 42 Absatz 7 EUV zur Anwendung gebracht werden könnten;

30. fordert den HR/VP auf, die Maßnahmen der EU mit gleichgesinnten Partnern zum Schutz der Menschenrechte und zur Unterstützung der Bevölkerung in China, Hongkong und Macau sowie der chinesischen Diaspora in der ganzen Welt sowie zur Verteidigung der liberalen Demokratie in der Welt, insbesondere in Hongkong und Taiwan, zu koordinieren, ...

31. erklärt sich äußerst besorgt über Chinas entschlossene Expansionspolitik im Südchinesischen Meer, im Ostchinesischen Meer und in der Meerenge von Taiwan, insbesondere über Chinas anhaltende militärische Provokationen gegenüber Taiwan; betont, dass der Status quo in der Meerenge von Taiwan und die Freiheit der Schifffahrt im indopazifischen Raum von entscheidender Bedeutung für die EU und ihre Mitgliedstaaten sind; bekräftigt seine Ablehnung von einseitigen Handlungen, die zu einer Eskalation der Spannungen und zu einer Änderung des Status quo führen könnten; befürwortet eine konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Taiwan; betont, dass gegen den Willen der Bürger Taiwans keine Änderungen der Beziehungen zwischen China und Taiwan erfolgen dürfen; ...

34. betont, dass es wichtig ist, dass die EU gegenüber der sich verändernden Rolle und dem wachsenden Einfluss Chinas in multilateralen Organisationen, unter anderem in den VN, deren zweitgrößter Geldgeber China ist, wachsam bleibt ...

36. fordert eine stärkere Zusammenarbeit der EU mit der Nato hinsichtlich der chinesischen Sicherheitsherausforderungen; unterstützt den Vorschlag der Nato, eine politische Strategie für eine Welt zu entwickeln, in der China eine globale Großmacht sein wird; fordert, dass diese Strategie an verschiedenen Szenarien für

die Entwicklung der Beziehungen zu China ausgerichtet wird, einschließlich der Möglichkeit einer weiteren Verschlechterung der Sicherheit im Südchinesischen Meer; ... begrüßt die Bemühungen der Nato, die sicherheitspolitischen Auswirkungen der zunehmenden physischen Präsenz Chinas in der Arktis und in Afrika genau zu überwachen; empfiehlt, bei der Ausarbeitung des Strategischen Kompasses der EU und der Überprüfung des strategischen Konzepts der Nato ausreichend die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Nato bei sicherheitspolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit China zu berücksichtigen;

37. begrüßt die Absicht des Rates, die strategische Ausrichtung, die Präsenz und die Maßnahmen der EU im indopazifischen Raum zu verstärken, indem eine neue EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum sowie eine neue Strategie für die Vernetzung auf den Weg gebracht werden; weist darauf hin, dass eine solche neue Strategie mit der China-Strategie der EU im Einklang stehen sollte;

38. hält es für wichtig, dass die Kommission rechtzeitig umfassende Berichte über die umfassende regionale Wirtschaftspartnerschaft (RCEP, Regional Comprehensive Economic Partnership) – das weltweit größte Freihandelsabkommen – vorlegt, um die Entwicklungen vor Ort zu bewerten; interessiert sich besonders für die Auswirkungen auf die strategischen Interessen der EU bei Themen wie der Standardsetzung im asiatisch-pazifischen Raum sowie den Bestimmungen zu den Ursprungsregeln;

40. fordert die Kommission nachdrücklich auf, konkrete Vorschläge und Maßnahmen vorzulegen, um die uneingeschränkte Teilnahme Taiwans als Beobachter an den Sitzungen, Mechanismen und Tätigkeiten der WHO, der ICAO und des UNFCCC zu erleichtern; ...

41. betont, dass Konditionalität für Investitionen und Handel allein nicht ausreicht, um dem chinesischen Anspruch zu begegnen; ist der Ansicht, dass die EU ihre strategische Autonomie erhöhen sollte, indem sie sich mit anderen Dimensionen der Beziehungen zwischen der EU und China befasst, insbesondere mit der digitalen und technologischen Souveränität; ... um die Abhängigkeit der EU von China zu verringern, ...

42. stellt fest, dass China 2020 vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie erstmals der größte Handelspartner der EU im Warenhandel war und dass sich die Handelsbilanz zu Lasten der EU weiter verschlechtert hat; erinnert jedoch daran, dass die USA immer noch der wichtigste Partner der EU sind, was den Handel mit Waren und Dienstleistungen zusammen angeht; ...

betont, dass das Niveau der gegenseitigen Investitionen aus verschiedenen Gründen hinter dem Potenzial zurückbleibt, und erkennt die wirtschaftlichen Möglichkeiten an, die in der Region bestehen; ist der Auffassung, dass das Volumen des Handels zwischen China und der EU einen regelbasierten und werteorientierten Rahmen erfordert, der in internationalen Normen verankert sein muss; ...

43. unterstreicht die Schlüsselrolle des Europäischen Parlaments in der gemeinsamen Handelspolitik der EU, bei internationalen Verhandlungen sowie bei der Überwachung, Kontrolle, Ratifizierung und Überwachung der Umsetzung von Handels- und Investitionsabkommen; betont, dass der Ausschuss für internationalen Handel rechtzeitig und ordnungsgemäß konsultiert werden muss, und fordert die Kommission und den Rat nachdrücklich auf, einen kontinuierlichen Dialog zu führen und ausführlich über die Entwicklungen im Rahmen der bilateralen Handels- und Investitionsagenda EU-China zu berichten; ...

45. fordert die Kommission auf, die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der EU in strategischen Sektoren wie kritischen Rohstoffen, von denen einige ausschließlich in China vorkommen, zu analysieren, und betont, dass die Widerstandsfähigkeit der europäischen Lieferketten dringend gestärkt werden muss; fordert Anstrengungen zur Diversifizierung und Konsolidierung des Zugangs der EU zu den wichtigsten strategischen Ressourcen, die für den Antrieb der beiden Wachstumsmotoren der EU benötigt werden, mit besonderem Schwerpunkt auf den 30 Elementen, die in der vierten, 2020 aktualisierten Liste der kritischen Rohstoffe enthalten sind; ...

46. fordert mehr Transparenz, Kohärenz und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten in Fragen im Zusammenhang mit bilateralen Investitionsprojekten und -vereinbarungen, insbesondere in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen in strategische Vermögenswerte und kritische Infrastrukturen; lenkt die Aufmerksamkeit auf die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Einflussnahme aus dem Ausland auf der Ebene der Mitgliedstaaten; erinnert daran, wie wichtig es ist, die EU-Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in Zukunft zu stärken, um sicherzustellen, dass alle potenziellen Investitionen, die eine Bedrohung für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in der EU darstellen könnten, insbesondere durch staatlich kontrollierte Unternehmen, blockiert werden; ...

47. ist davon überzeugt, dass die bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und China von strategischer Bedeutung sind und auf Regeln beruhen sollten, wobei das multilaterale Handelssystem und das Prinzip der Gegenseitigkeit im Mittelpunkt stehen sollten; bekräftigt, dass es zwar besorgniserregende Tendenzen in Richtung einer wirtschaftlichen Entkopplung gibt, dass aber in den gesamten Handels- und Investitionsbeziehungen eine entschlossenere Durchsetzung und Einhaltung von Verpflichtungen erforderlich ist; fordert China auf, sich aktiver und verantwortungsvoller in die WTO und andere multilaterale Initiativen einzubringen und seine Wirtschaftskraft dem Entwicklungsstand anzupassen und sich uneingeschränkt an alle seine Verpflichtungen im Rahmen der WTO und auf internationaler Ebene zu halten; ...

49. bekräftigt seine tiefe Besorgnis über die zahlreichen Hindernisse, mit denen europäische Unternehmen beim Zugang zum chinesischen Markt und bei ihrer Tätigkeit auf diesem Markt konfrontiert sind; ...

fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre Zusammenarbeit innerhalb der WTO mit gleichgesinnten Partnern zu intensivieren, um ein gemeinsames Konzept zur Bekämpfung dieser unlauteren chinesischen Handelspraktiken zu entwickeln; begrüßt den Dialog zwischen der EU und den USA über China als Mittel zur Zusammenarbeit in Bereichen wie Gegenseitigkeit, Multilateralismus, marktverzerrende Praktiken und Wirtschaft sowie in anderen strukturellen Fragen, bei denen die Koordinierung zwischen der EU und den USA einen Mehrwert erbringen kann; ist überzeugt von der entscheidenden Bedeutung einer angemessenen Information über die gesetzlichen und regulatorischen Entwicklungen auf dem chinesischen Markt, da dieser undurchsichtig und staatlich gesteuert ist; ...

56. weist jedoch darauf hin, dass das umfassende Investitionsabkommen allein nicht alle Probleme lösen kann, die unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beeinträchtigen, und daher im Kontext eines gestärkten und durchsetzungsfähigeren EU-Instrumentariums einseitiger Maßnahmen betrachtet werden

muss; betont, dass das Europäische Parlament das Abkommen, einschließlich des Abschnitts über nachhaltige Entwicklung, eingehend prüfen würde; ...

59. hebt hervor, dass China noch einen weiten Weg zurücklegen muss, um eine freie Marktwirtschaft zu werden, da der Staat großen Einfluss auf die Wirtschaft und auf die Entscheidungen der Unternehmen in Bezug auf Preise, Kosten, Produktion und Betriebsmittel ausübt; fordert China daher auf, für seine Unternehmen und für die ausländischen Firmen, die in dem Land tätig sind, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sie sich stärker öffnen können;

60. fordert eine Aufstockung der Mittel für Projekte zur Bereitstellung von 5G und die Erforschung von 6G-, KI- (künstliche Intelligenz) und Big-Data-Technologien, um die künftige Netzsicherheit und eine größere digitale Souveränität sicherzustellen, die für die Digitalisierung und das Wirtschaftswachstum, aber auch für das Aufschließen zu China im Technologiebereich und die Beseitigung der Risiken, denen die Nato-Mitglieder und ihre Partner durch die Integration der 5G-Technologie Chinas in die Telekommunikationsnetze ausgesetzt sein könnten, von entscheidender Bedeutung sein wird, da durch solche Maßnahmen künftig die Demokratie ausgehöhlt werden könnte; fordert ferner eine koordinierte Cybersicherheitsstrategie der EU und eine Ausweitung der Kapazitäten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich, unter anderem, um den Schutz vor Bedrohungen der kritischen Infrastruktur der EU, die von Drittländern, einschließlich China, ausgehen, zu stärken; ...

64. weist darauf hin, dass die EU ihre Instrumente zur eigenen Verteidigung stärken, ihre Fähigkeit zum Schutz ihrer Interessen im Ausland ausbauen, eine aktivere, einheitlichere und strategischere Rolle in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen und sicherstellen sollte, dass die Mitgliedstaaten in ihrem geopolitischen Ansatz vereint handeln;

65. ist der Ansicht, dass im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas ein Forum für die Debatte über das auswärtige Handeln der EU, z. B. über Fragen in Verbindung mit dem Schutz der Menschenrechte, und für eine Diskussion über Möglichkeiten zum Erreichen strategischer Autonomie geboten werden sollte; betont, dass erörtert werden muss, wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU verbessert und gestärkt werden kann, ... fordert, die Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, um die europäischen Fähigkeiten bei der strategischen Verteidigung zu erhöhen, und eine eigenständige Europäische Verteidigungsunion zu schaffen, zu der auch die militärischen Kapazitäten Europas zählen würden;

66. weist darauf hin, dass der EAD mit einem Mandat und den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden muss, um chinesische Desinformationsmaßnahmen zu überwachen und zu bekämpfen, wozu auch die Einrichtung einer StratCom Task Force „Farnost“ gehört, die sich mit Desinformationen aus China befasst; fordert China auf, von verdeckten Maßnahmen zur Manipulation des öffentlichen Diskurses in der EU abzusehen; fordert die Kommission auf, ein EU-weites Regulierungssystem zu entwickeln, um zu verhindern, dass Medienunternehmen, die von Regierungen von Drittländern finanziert oder kontrolliert werden, europäische Medienunternehmen erwerben, damit die unabhängige und freie Medienberichterstattung in der EU erhalten bleibt; schlägt vor, chinesischsprachige Medien in Europa zu diversifizieren, indem die Zusammenarbeit zwischen europäischen Medien und internationalen Partnern – wie Taiwan – gefördert wird; betont weiterhin, dass die fachlichen Kapazitäten in Bezug auf China im EAD und in der Kommission im Allgemeinen dringend erheblich ausgebaut werden müssen;

67. weist darauf hin, dass unabhängige chinabezogene Studien und Forschungsarbeiten an Universitäten, in Denkfabriken, in Forschungseinrichtungen und an Schulen in der gesamten EU wichtig sind, die frei von finanzieller Unterstützung oder der Einflussnahme Chinas sind und in deren Rahmen die akademische Integrität und Redefreiheit sichergestellt werden; ...

68. weist darauf hin, dass es notwendig ist, Programme für das Studium der chinesischen Kultur, Sprache und Politik einzuführen, die von den Programmen der Kommunistischen Partei Chinas unabhängig sind, beispielsweise durch engere Kontakte mit taiwanischen Universitäten und der taiwanischen Gesellschaft;

69. fordert die Kommission auf, das rasch wachsende Interesse Chinas an der Arktis und sein Engagement dort zu berücksichtigen und in ihre Strategie einzubeziehen; fordert die Bereitschaft, die Freiheit der Schifffahrt auf der arktischen nördlichen Seeroute sicherzustellen; nimmt die Investitionen Chinas in die Forschung und die strategische Infrastruktur in der Arktis zur Kenntnis; weist darauf hin, dass die EU vermeiden sollte, in dieser wichtigen Region an Einfluss zu verlieren;

70. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie dem Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und zur Information der Regierung der Volksrepublik China zu übermitteln.

Neu: In der Reihe rls Studien erschien: JIA CHANGBAO, MECHTHILD LEUTNER UND XIAO MINXING –

DIE CHINA-BERICHTERSTATTUNG IN DEUTSCHEN MEDIEN IM KONTEXT DER CORONA-KRISE

Bestellhinweise und Link zum Download:
<https://www.rosalux.de/publikation/id/44908/die-china-berichterstattung-in-deutschen-medien>

Wir dokumentieren hier: Vorwort und Fazit sowie Inhaltsverzeichnis und Anmerkungen/Tabellen zur Methode

rls-Hinweis im Impressum: Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

(Seite 5) VORWORT

In den letzten zehn Jahren habe ich – in China lebend – deutsche Medienberichte mit der mich umgebenden Umwelt abgleichen können. Natürlich geht es nicht darum, strukturelle Unterschiede zwischen freier und zensierter Berichterstattung oder das aufrichtige Bemühen von Korrespondent*innen, die Realität so vielschichtig, professionell und fair wie möglich abzubilden, zu ignorieren. China ist ein Einparteienstaat und chinesische Medien sind entsprechend ausgerichtet und zensiert. Die Unabhängigkeit der Berichterstattung hingegen ist Kernbestand demokratischer Freiheit. So wie Medien kritisch über die Vereinigten Staaten oder die deutsche Bundesregierung schreiben, müssen sie auch in und über China berichten können. Dennoch empfinde ich deutsche Medienberichte bei aller Richtigkeit und berechtigten Kritik häufig als unterkomplex, Nuancen fehlen und Politikentscheidungen sind meiner Meinung nach zu selten aus chinesischer Logik heraus verständlich gemacht.

Dieser Umstand ist von überaus großer Bedeutung, denn wie mediale Themenstrukturierung und „Wording“ eine Blickrichtung des Informationsprozesses vorgeben, bestimmt wesentlich, wie wir unsere Wirklichkeit konstruieren, Dinge benennen, Ereignissen Bedeutung zuschreiben und unsere Meinung bilden. Beschreibungen, Verortungen und Definitionen schaffen „Realitäten“. Dies gilt umso mehr für die Auslandsberichterstattung, da wir in anderen Ländern selbst keine unmittelbaren Erfahrungen und Erlebnisse gemacht, dort keine Gespräche und Diskussionen geführt, keine eigenen Interessen und auch keine weitergehenden Kenntnisse über Geschichte, Kultur und spezifische Problemstellungen erworben haben, die wir mit einem massenmedial vermittelten Narrativ positiv oder negativ in Beziehung setzen könnten. Um ein fremdes Land in all seiner widersprüchlichen Komplexität den heimischen Leser*innen zu präsentieren, greifen Medien meist auf festgelegte Wahrnehmungsmuster, erprobte Zuschreibungen und Stereotype zurück und reduzieren dadurch automatisch Komplexität. Das muss an sich noch kein Problem sein, wenn Journalist*innen mit Empathie, Einsicht und Expertise versuchen, Wissens- und Verständnislücken bei ihrem Publikum über die Länder, aus denen sie berichten, zu schließen. Es wird jedoch dann zum Problem und verfestigt sich in pauschalisierenden Negativ-Klischees, wenn Journalist*innen bei aller Komplexitätsreduktion nicht auch einmal den Blickwinkel wechseln, den weiteren Kontext und andere historische Erfahrungen in die Betrachtung einbeziehen oder die eigene Rolle reflektieren.

Journalist*innen sind zudem nicht bloß passive Beobachter*innen eines fremden Landes, sondern selbst Akteur*innen, die über die Generierung von Aufmerksamkeit Aktionsfelder auswärtiger Politik überhaupt erst herstellen und Ressourcen für Begründungsmuster außenpolitischer Strategien liefern. In der Medien- und Kommunikationswissenschaft ist zwar die Frage,

nach welchen Kriterien Massenmedien – vor allem im Bereich internationaler Beziehungen – auch alternativen „Stimmen“ Raum bieten, nicht umfänglich beantwortet, man kann aber davon ausgehen, dass die Selektionsentscheidungen wesentlich am Akzeptanzrahmen als auch an der Publikumsnachfrage orientiert sein dürften. Der Akzeptanzrahmen wiederum ist eng an Strategien politischer Entscheidungsträger*innen geknüpft, die diesen Rahmen inhaltlich, also mit Blick auf akzeptable Handlungsalternativen, definieren.

Unsere Wahrnehmung und Bewertung eines fremden Landes bestimmen sich durch weit mehr als nur durch Medienberichterstattung. Kultur, Geschichte, Bildung und Interessen sowie Sichtweisen auf das „Eigene“ spielen eine ebenso große Rolle. Dieses umfassende kognitive System sowie die Normativität des „Eigenen“ definieren auch die mediale Perspektive. Gleichzeitig werden die eigenen Wahrnehmungen durch die Medien selbst immer wieder reproduziert. Die Beschreibung und Definition des Anderen dient unter anderem dazu, sich in seinen Überzeugungen unentwegt zu bestätigen und auf diese Weise Selbstplausibilisierungen herzustellen.

Dies ist der Hintergrund, vor dem auch die China-Berichterstattung zu betrachten ist. Die China-Berichte westlicher Medien waren in den letzten Jahren Gegenstand von Diskussionen, Kolloquien wie auch wissenschaftlich-empirischen Untersuchungen. Von chinesischer Seite – und eben nicht nur von Regierungsakteuren – wurde immer wieder der Vorwurf erhoben, dass die Medien ein sehr negativ verzerrtes Bild von China zeichnen würden. In Deutschland gab die Heinrich-Böll-Stiftung vor gut zehn Jahren eine Studie in Auftrag, die zumindest eine Tendenz einer Negativfixierung und unhinterfragter Klischees in der deutschen China-Berichterstattung bestätigte. Seitdem hat sich die Stimmung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Medien gegenüber China eher verschlechtert und der Ton ist rauer, teilweise sogar feindselig geworden. Es scheint, dass die „systemische Rivalität“ gegenüber China, wie die Europäische Union 2019 die Beziehung zu China offiziell definierte, zunehmend auch in den Medien argumentativ ausgetragen wird. Die so wichtigen „Grautöne der Realität“ werden allerdings immer weniger ausgemalt.

In den letzten 30 Jahren haben sich mediale Betrachtungsweisen auf China mehrfach verändert. Anfangs wurde stets der ökonomische und politische Kollaps erwartet, dann über erste Erfolge hinweggeblickt. Als der wirtschaftliche Aufschwung nicht mehr zu ignorieren war, wurde dieser meist mit dem großen „Aber“ fehlender Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, unlauterer Wirtschaftspraktiken und brutaler Ausbeutung von Mensch und Natur erklärt. Heute befinden wir uns in einer Phase, in der die Kalte-Kriegs-Rhetorik wieder aus den Glasvitrinen der historischen Museen geholt wird. Ob nun diese Sichtweisen in ihrer jeweiligen Zeit richtig oder falsch, berechtigt oder unberechtigt sind und waren, sei dahingestellt, sie wurden und werden durch zwei Klammern zusammengehalten: Auf der einen Seite stehen die von China stets enttäuschten Erwartungen, wie sich China zu entwickeln habe, und Ratschläge, die China aber meist nicht befolgt. Auf der anderen Seite gibt es eine Betrachtungsasymmetrie, in der westliche Interpretationen zu China vollständig ausgearbeitet werden, chinesische Stimmen hingegen zu oft im simplen Raster der Dissident*innen, die die westlichen Positionen letztlich bestätigen, und der Karikatur monolithischer Staatspropaganda gefangen bleiben.

Den Ausbruch der Covid-19-Pandemie, die darauffolgenden

Maßnahmen der Regierung und öffentlichen Debatten habe ich mit meiner Familie in China erlebt. Während ich von der effektiven und strategischen Art der Pandemiebekämpfung, den klaren Vorgaben und der eindeutigen Kommunikation, der Fähigkeit seitens des Staates, die Bevölkerung und Ressourcen zu mobilisieren, und der breiten Solidarität eher beeindruckt war, zeichneten deutsche Medien von derselben Situation ein komplett anderes Bild. Sie grasteten Chinas soziale Netzwerke ab und konstatierten, dass die Stimmung kippe, das Vertrauen in die Regierung verloren gegangen sei, die Kommunistische Partei Chinas ihren Tschernobyl-Moment erlebe und das Regime wie ein Kartenhaus in sich zusammenfalle. Mit der chinesischen Wirklichkeit hatte all das nur wenig zu tun.

Wie 2020 über Covid-19 in China in deutschen Medien berichtet wurde, prägte nicht nur ein zunehmend konfrontatives Verhältnis zu China, sondern rahmte auch, wie in Deutschland nachfolgend über die Pandemie und entsprechende Maßnahmen im eigenen Land diskutiert werden konnte.

Die Stimmung auf beiden Seiten ist aufgeheizt, konfrontativ und feindlich. Wir bewegen uns auf einen neuen Kalten Krieg zu, der schnell und gefährlich eskalieren kann und zudem Aufmerksamkeit und Ressourcen absorbiert, die wir angesichts der großen Menschheitsherausforderung der Klimakrise dringend für einen sozial-ökologischen Umbau benötigen. Bei allen Differenzen und Widersprüchen ist es daher notwendig, „Druck aus dem Kessel zu nehmen“ und die Debatte und Kommunikation zwischen dem Westen und China zu versachlichen.

Da jede sachliche Debatte damit anfängt, Klarheit darüber zu haben, worüber man diskutiert, haben wir uns entschlossen, eine Studie über die deutsche Berichterstattung zur Corona-Krise in China zu initiieren. In der nun vorliegenden Studie wurden 747 Beiträge in sieben deutschen Printmedien von Januar bis August 2020 untersucht. Die Pandemie stellt selbstverständlich nur ein Thema der gegenwärtigen China-Berichterstattung dar. Doch eine derart systematisch empirische Studie lässt vielerlei Rückschlüsse auf die Gesamtsituation zu.

Wir danken den Autor*innen Jia Changbao, Mechthild Leutner und Xiao Minxing für die Aufbereitung der Fülle des Materials und die hervorragende wissenschaftliche Arbeit.

Uns ist bewusst, dass die Fragestellung politisch brisant ist und die Forschungsergebnisse auf Widerspruch und Ablehnung stoßen werden. Dennoch hoffen wir angesichts der verhärteten Fronten, mit dieser Studie Räume für konstruktive Debatten und Dialoge in Deutschland und China öffnen zu können.

Jan Turowski,

Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Peking,

Julı 2021

(Seite 60) FAZIT

Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien zu Beginn der Corona-Pandemie ist durch ein verstärktes Aufgreifen von teils noch aus kolonialen Zeiten herrührenden Klischees und Stereotypen geprägt, wobei rassistische Ressentiments gegenüber Chines*innen und Asiat*innen in den Medien überwiegend zurückgewiesen werden. Diese werden jedoch auf subtile Weise in andere Klischees integriert, etwa dem als „eklig“ konnotierten Essen von Wildtieren oder dem aufgebauten Szenario von einer meist „Gelb gleich Chinese“ untermalten Bedrohung durch China.

Das Corona-Geschehen im engeren Sinne nimmt einen domi-

JIA CHANGBAO promoviert im Fach Sinologie an der Freien Universität Berlin (FU Berlin) nach einem Studium an der Peking-Universität. Sein Forschungsgebiet ist der deutsch-chinesische Wissenschafts- und Kulturaustausch sowie die Wahrnehmung Chinas in Deutschland und Deutschlands in China. Er arbeitet außerdem als Übersetzer der Werke des Geografen Ferdinand von Richthofen für die Commercial Press (Peking).

MECHTHILD LEUTNER ist emeritierte Professorin für Sinologie an der FU Berlin. Ihr Forschungsschwerpunkt ist der politische, gesellschaftliche und ideologische Transformationsprozess Chinas seit dem 19. Jahrhundert. Sie hat zahlreiche Publikationen zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen und zu deutschen Chinabildern veröffentlicht. **XIAO MINXING** promoviert im Fach Sinologie an der FU Berlin nach einem Studium an der Peking-Universität. Sie befasst sich mit der Geschlechtergeschichte in China und mit interkulturellen Fragestellungen. Zugleich verfolgt sie intensiv die Berichterstattung über China in Deutschland und die intellektuellen Debatten in China.

nanten Platz in den Medien ein, doch innenpolitische Themen wie der Einparteienstaat, Propaganda, Zensur sowie die Geschehnisse in Hongkong rücken ebenso wie Wirtschaftsthemen, die internationalen Beziehungen Chinas und die geopolitischen Implikationen der Krise ebenfalls relativ schnell in den medialen Fokus. Andere Themen werden demgegenüber vernachlässigt.

Die wenig ausdifferenzierte Themenagenda ist mit Ausnahme der Anfangsphase vorwiegend von der Perspektive deutscher Interessen bestimmt. Vergleiche erfolgen weniger hinsichtlich des Umgangs mit der Pandemie als hinsichtlich der als Gegensatz konstruierten Systeme.

Hier finden Zuordnungen in herrschende Erklärungsmodelle von einer Systemkonkurrenz zwischen autoritärem und repressivem Einparteienstaat auf der einen und westlich-liberaler Demokratie auf der anderen Seite statt. In dieses Bild passt auch die fast durchgängige Annahme eines Gegensatzes zwischen Staat, Kommunistischer Partei und politischer Führung einerseits und Bevölkerung andererseits.

Die Beiträge reproduzieren eine „westliche“ Werteagenda und eurozentrische Perspektive, aus der die „Messung“ Chinas erfolgt. Es findet eine Gegenüberstellung von „wir“ und China als „das Andere“ statt, wobei das „Andere“ als nicht gleichrangig konstruiert wird und so erneut Klischees und Ängste befördert werden. Mit dieser Perspektive geht eine quantitative und qualitative Dominanz nichtchinesischer Quellen und ein sprachlicher Duktus einher, der ausgewählten „westlichen“ Repräsentant*innen eine größere Glaubwürdigkeit und auch Deutungsmacht zuspricht.

Die erfolgreiche Eindämmung des Virus wird in den Medien eher widerwillig konstatiert und zugleich durch die Verknüpfung mit Vertuschung, Zensur und nicht verlässlichen Zahlen abgewertet. In Bezug auf Chinas wirtschaftliche Regeneration ist in den Berichten eine ambivalente Haltung zwischen Angst vor einem stärkeren Wettbewerber und Profiterwartungen für den deutschen Markt zu finden. Beeinflusst durch US-amerikanische Schuldzuweisungen an China für den Ausbruch der Pandemie wird Chinas Politik – mit Ausnahme der wirtschaftlichen Erholung – zunehmend kritisch als repressiv nach innen und aggressiv nach außen dargestellt.

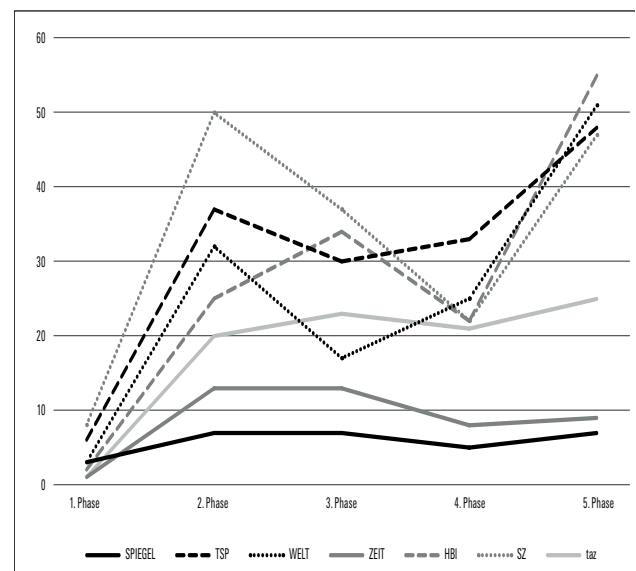
Dies wird mit Forderungen an die Bundesregierung verknüpft, ihre bisherige, als „naiv“ bezeichnete Chinapolitik zu revidieren und eine neue, selbstbewusste und „robuste“ Politik gegenüber dem nun immer häufiger als „systemischen Rivalen“ adressierten Land einzuleiten, einem Land, das zunehmend die globale Weltordnung infrage stelle. Gegen den „Feind“ China seien die sogenannten Werte der westlichen Gemeinschaft zu verteidigen.

Chinas „Propagandaoffensive“ im Zuge der Corona-Krise, das Hongkonger Sicherheitsgesetz, die Taiwan-Frage und die Referenz auf die Politik in Xinjiang – dies alles wird argumentativ im Klischee der Bedrohung gebündelt, die von China ausgehe. Es werden Bedrohungsszenarien wiederbelebt, die aus kolonialen und antikommunistischen Kontexten herrühren. Das macht auch der explizite Rückgriff auf den Begriff des „Kalten Kriegs“, der nun als ein „neuer“ bezeichnet wird, deutlich. Diese Positionen werden als (noch) nicht abgeschlossen diskutiert abgebildet.

Dass die gesellschaftliche Wahrnehmung Chinas in Deutschland von den hier geschilderten Tendenzen der Berichterstattung beeinflusst wird, lässt sich zum einen an einzelnen in den Medien berichteten rassistischen, zumeist verbalen Angriffen auf Chines*innen und Asiat*innen im öffentlichen Raum ablesen. Diese resultieren auch aus fehlendem Wissen über Chinas Kultur, Geschichte und die Lebensverhältnisse in China – Themen, die wenig verhandelt werden. Zum anderen kann die mediale Konstruktion vom „Feindbild China“ zu einer zunehmend ablehnenden Haltung der intellektuellen und politischen Elite gegenüber einem Dialog mit China sowie allen führen, die sich um die Berücksichtigung chinesischer Perspektiven in einem solchen Dialog bemühen.

INHALT	
Vorwort	5
Zusammenfassung	7
1 Einleitung	12
1.1 Forschungsgegenstand und Fragestellung	12
1.2 Methodisches Vorgehen und Design	13
1.2.1 Auswahl der Daten, Datenbank und Recherchertools	13
1.2.2 Auswahl der Forschungsmaterialien für die Analyse	14
1.3 Strukturierung und Kategorisierung	14
2 Quantitative Inhaltsanalyse	16
2.1 Verlauf der Berichterstattung und Verteilung aller Beiträge nach Medien und Sachgebieten	16
2.2 Sachgebiet 1: Medizin und Gesundheit	18
2.3 Sachgebiet 2: Chinas Innenpolitik	21
2.4 Sachgebiet 3: Deutsch-chinesische Beziehungen	22
2.5 Sachgebiet 4: Internationale Beziehungen/Geopolitik	26
2.6 Sachgebiet 5: Wirtschaftlich-technologische Folgen für China und die Welt	28
2.7 Sachgebiet 6: Chinas Militär-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik	29
2.8 Sachgebiet 7: Alltag und Lebensverhältnisse in Corona-Zeiten	29
2.9 Sachgebiet 8: Kultur und Wissenschaft	30
2.10 Autorschaft	30
3 Qualitative Analyse	34
3.1 Tiefenschnitt 1: China und die Corona-Krise	34
3.1.1 Argumentationslinie: „China hat zwar das Corona-Virus eingedämmt, aber ...“	34
3.1.2 Autor*innen, Quellen, Akteure, Fazit	42
3.2 Tiefenschnitt 2: Chinas politisches System	43
3.2.1 Argumentationslinien	44
3.2.2 Autor*innen, Quellen, Akteure, Fazit	47
3.3 Tiefenschnitt 3: Deutsche Chinapolitik	48
3.3.1 Argumentationslinien	48
3.3.2 Autor*innen, Quellen, Akteure, Fazit	52
3.4 Tiefenschnitt 4: China und die Weltordnung	54
3.4.1 Argumentationslinien	54
3.4.2 Autor*innen, Quellen, Akteure, Fazit	58
4 Fazit	60
Abkürzungsverzeichnis	61

Abbildung 2: Verlauf der Berichterstattung in fünf Phasen



Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 4: Anzahl der Artikel im Verlauf der Berichterstattung

	Summe	Anteil	1. Phase	2. Phase	3. Phase	4. Phase	5. Phase
SPIEGEL	29	3,9%	3	7	7	5	7
TSP	154	20,6%	6	37	30	33	48
WELT	128	17,1%	3	32	17	25	51
ZEIT	44	5,9%	1	13	13	8	9
HBI	138	18,5%	2	25	34	22	55
SZ	164	22%	8	50	37	22	47
taz	90	12%	1	20	23	21	25
Summe	747	100%	24	184	161	136	242

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 5: Verteilung der Beiträge auf Sachgebiete nach Medien

	SG 1		SG 2		SG 3		SG 4		SG 5		SG 6		SG 7		SG 8	
	A	P*	A	P	A	P	A	P	A	P	A	P	A	P	A	P
SPIEGEL	15	8,3%	6	3,3%	3	2,5%	4	2,7%	4	2,6%	2	25%	1	2,9%	0	0%
TSP	40	22,2%	39	21,5%	27	22,1%	20	13,4%	35	22,7%	2	25%	6	17,1%	4	57,1%
WELT	26	1,4%	44	24,3%	36	29,5%	32	21,5%	17	11,0%	0	0%	2	5,7%	0	0%
ZEIT	6	3,3%	11	6,1%	2	1,6%	7	4,7%	8	5,2%	0	0%	3	8,6%	1	14,3%
HBI	22	12,2%	21	11,6%	18	14,8%	32	21,5%	58	37,7%	1	12,5%	1	2,9%	0	0%
SZ	47	26,1%	39	21,5%	22	18%	38	25,5%	21	13,6%	2	25%	13	37,1%	2	28,6%
taz	24	13,3%	21	11,6%	14	11,5%	16	10,7%	11	7,1%	1	12,5%	9	25,7%	0	0%
Summe	180	24,1%	181	24,2%	122	16,3%	149	19,9%	154	20,6%	8	1,1%	35	4,7%	7	0,9%

Anmerkungen: A = Anzahl, P = Prozentzahl.

*Die ersten sieben Prozentzahlen in dieser Spalte beziehen sich auf den Anteil dieses Mediums im SG 1. Die Prozentangaben in der letzten Zeile (24,1 %) beziehen sich auf den Anteil der 180 Beiträge vom SG 1 an den insgesamt untersuchten 747 Beiträgen.

Quelle: eigene Darstellung

2 QUANTITATIVE INHALTSANALYSE

2.1: VERLAUF DER BERICHTERSTATTUNG UND VERTEILUNG ALLER BEITRÄGE NACH MEDIEN UND SACHGEBIETEN

Die Verteilung der identifizierten 747 Beiträge auf die einzelnen Medien zeigt, dass die Tageszeitungen SZ und TSP mit 164 (22 %) respektive 154 Beiträgen (20,6%) an der Spitze liegen, während die taz lediglich 90 Beiträge (12 %) veröffentlicht. HBI und WELT liegen mit 138 (18,5 %) respektive 128 Beiträgen (17,1 %) im Mittelfeld. Die Wochenzeitschrift ZEIT hat mit 44 Beiträgen (5,9 %) mehr als ein Drittel mehr Beiträge aufzuweisen als der SPIEGEL (29 Beiträge oder 3,9%). Insbesondere ab dem 23. Januar bis zum 25. Februar, in der Hochphase der Pandemie in China, steigt die Zahl der Beiträge immens an, die SZ liegt hier mit 50 Beiträgen an der Spitze, die ZEIT bringt allein 13 Beiträge, das heißt mehrere Beiträge wöchentlich, der SPIEGEL sieben Beiträge. Insgesamt reduzieren sich die Beiträge in den nachfolgenden Phasen, als sich das Zentrum der Pandemie verlagert. In den letzten drei Monaten (Ende Mai bis Ende August) ist wieder ein Anstieg zu beobachten. Nun führt das HBI mit 55 Beiträgen, eng gefolgt von WELT, TSP und SZ, die taz erreicht mit 25 Beiträgen kaum die Hälfte der Beiträge der anderen Zeitungen. Mit 29 respektive 44 Beiträgen ist das China-Thema auch in den Wochenzeitungen SPIEGEL und ZEIT noch sehr präsent.

Abbildung 2 (Hier Seite 6) zeigt deutlich den Anstieg der Berichterstattung aller Medien in der zweiten Phase mit einer erneuten Zunahme in der fünften Phase, wobei der im Vergleich zu den anderen Medien verhältnismäßig starke Rückgang der Berichterstattung in der WELT in der dritten Phase signifikant ist ebenso wie der Rückgang der taz-Berichte.

Die relativ hohe Zahl an Berichten in der letzten Phase ist den

andauernden wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise bzw. der Ankurbelung der Wirtschaft in China sowie politischen Fragen wie dem Sicherheitsgesetz in Hongkong und geopolitischen Implikationen der Corona-Krise geschuldet.

Entsprechend der von uns identifizierten Sachgebiete lässt sich die in Tabelle 5 und Abbildung 3 abgebildete Verteilung nach Medien feststellen.

Mit insgesamt 181 (24,2 %) bzw. 180 Beiträgen (24,1 %) sind Sachgebiet 2 „Chinas Innenpolitik“ und Sachgebiet 1 „Medizin und Gesundheit“ am stärksten vertreten, führend sind hier jeweils die WELT mit 44 (24,3 %) und die SZ mit 47 Beiträgen (26,1 %). An dritter Stelle folgt das Sachgebiet 5 „Wirtschaftlich-technologische Folgen“ mit 154 Beiträgen (20,6 %). Die meisten Beiträge (58 oder 37,7 %) verzeichnet das HBI.

Auch das Sachgebiet 4 „Internationalen Beziehungen/ Geopolitik“ ist mit 149 Beiträgen (19,9 %) gut vertreten, davon 38 Beiträge (25,5%) allein in der SZ. Im Sachgebiet 3 „Deutsch-chinesische Beziehungen“ finden sich 122 Beiträge (16,3%), davon die meisten (36 oder 29,5 %) in der WELT. Nur acht Beiträge (1,1 %) sind im Sachgebiet 6 „Militär, Verteidigungs- und Rüstungspolitik“, sieben Beiträge (0,9 %) im Sachgebiet 8 „Kultur und Wissenschaft“ und immerhin 35 (4,7 %) im Sachgebiet 7 „Alltag und Lebensverhältnisse“ zu finden, davon allein 13 (37,1 %) in der SZ. Quantitativ zeigt sich in allen Medien die Dominanz des Corona-Themas und politischer, geopolitischer und wirtschaftlicher Themen sowie Themen der deutsch-chinesischen und internationalen Beziehungen.

Von der „Pax Americana“ zur „Pax Sinica“?

RÜDIGER LÖTZER, Berlin

Das Buch „Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung“ des chinesischen Sozialwissenschaftlers Zhao Tingyang hat hierzulande unter politisch und philosophisch Interessierten einen kleinen Hype ausgelöst. „In Auseinandersetzung mit okzidental Theorien des Staates und des Friedens von Hobbes über Kant bis Habermas sowie unter Rückgriff auf die Geschichtswissenschaft, die Ökonomie und die Spieltheorie eröffnet uns Zhao einen höchst originellen Blick ..., auch um Chinas aktuelles weltpolitisches Denken zu verstehen“, schreibt der Verlag im Klappentext. Zhao, Professor für Philosophie an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in Peking, sei „Philosoph einer inklusiven Utopie“, wird „Le Monde“ zitiert. Die „Washington Post“ nennt ihn „einen der einflussreichsten zeitgenössischen Philosophen Chinas“.

Dem Rezensenten fiel beim Studium des Buches als erstes das vor zehn Jahren, in der ersten Amtszeit von Obama und seinem Vizepräsidenten und heutigen Präsidenten Biden erschienene Buch „China“ von Henry Kissinger ein. Darin schildert Kissinger die vor 50 Jahren mit seinem Geheimbesuch bei Tschou En-lai und Mao Tse-tung eingeleitete Periode offizieller Beziehungen zwischen China und den USA. Gleich im ersten Kapitel schildert er – erstaunlich ähnlich wie Zhao – „Chinas Einzigartigkeit“ und speziell den im 5. Jahrhundert vor Christus entstandenen Konfuzianismus, der in einer Zeit großer politischen Unruhen („Alles unter dem Himmel war in Unordnung“) an der Pflege sozialer Harmonie interessiert war. „Seine Themen waren die Grundsätze der mitfühlenden Herrschaft, die Durchführung der richtigen Rituale und die Förderung kindlicher Ergebenheit“. „Konfuzius Antwort auf das Chaos seiner Ära war der Weg der gerechten und harmonischen Gesellschaft, der ... in einem fernen Goldenen Zeitalter Chinas schon einmal realisiert worden sein sollte.“ (a.a.O., Seite 26f.)

Von hoher Aktualität war damals schon der „Epilog“ Kissingers am Ende seines Buches, in dem er auf Parallelen zwischen der heutigen Rivalität USA-China zur Rivalität zwischen dem Britischen Empire und dem Deutschen Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg hinwies. In beiden Fällen konkurrierte eine imperiale Seemacht mit einer aufholenden Landmacht. Sein Rat: die USA sollten die Fehler vor dem Ersten Weltkrieg nicht wiederholen, Krieg vermeiden und die Kooperation mit China suchen.

All dies durchzieht auch das Buch von Zhao. Nach einem Parforceritt durch die abendländische und chinesische Philosophie und Politikwissenschaft, von Konfuzius und Plato zu Hobbes, Kant, Marx, Carl Schmitt, Pareto, Huntington bis John Rawls schildert er auf etwa 70 Seiten „die Geschichte des Tianxia-Konzeptes“, das im antiken China unter der Zhou-Dynastie (1046 bis 256 vor Christus) bestand und ein Kooperationsmodell zwischen einer zentralen Monarchie und Vasallenstaaten gewesen sei, mit Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Dies könne ein Vorbild für die neue Weltordnung sein, so die zentrale These des Buches.

Daran schließen sich 60 Seiten an, in denen Zhao versucht, mit dem „Mahlstrom-Modell“ (ähnlich dem US-amerikanischen „Schmelztiegel“) und dem ständigen Kampf „um die Herrschaft über die Zentralebene“ Grundzüge der chinesischen Geschichte zu skizzieren. Die chinesische Schrift, die Entwicklung eigener – nicht religiöser, nicht monotheistischer – Riten und Musik und die Bereitschaft, alle Völker quasi aufzusaugen, die es – friedlich oder mit Gewalt – in die chinesische Zentralebene geschafft hatten, bildeten nach Zhao zusammen mit den Lehren des Konfuzius und der darauf basierenden Beamtenschaft wesentliche Elemente der chinesischen Geschichte. Warum am Ende mit dem Opiumkrieg und der Invasion des Westens das

Kaiserreich unterging und dem laut Zhao etwa 1910 beginnenden „modernen China“ Platz machte, bleibt unklar.

Lohnt sich das Buch? Auf jeden Fall! Allein seine Anmerkungen zu einer Vielzahl westlicher Philosophen, Ökonomen und Politiktheorien lohnen die Vertiefung. Zu Kant etwa bemerkt er: „Kant erkannte die tödliche Bedrohung der menschlichen Gesellschaft durch den Krieg, daher warf er die Frage des ‚ewigen Friedens‘ auf. Kant war damit seiner Zeit weit voraus“ (S. 189). „Die reale Version von Kants Theorie ist die Europäische Union“ (S. 190). Aber: „Kants Friedensplan mag regionale Kooperation fördern, aber er löst keine internationalen Konflikte. Vor allem ist er machtlos gegenüber den seit Beginn der Globalisierung neu aufgetretenen Konflikten, insbesondere gegenüber der von Huntington aufgeworfenen Frage von Zivilisationskonflikten, wie dem Konflikt zwischen Israel und Palästina, dem Gegensatz zwischen dem Westen und Russland, dem Groll zwischen dem Westen und dem Mittleren Osten, den Widersprüchen zwischen den USA und China und ähnlichen Fragen.“ (S. 191). Ein weites Feld!

Zu dem englischen Staatsrechtler Thomas Hobbes und seinem 1651 erschienenen Buch „Leviathan“ schreibt er: „Gleichgültig, ob es sich um den Kampf des Christentums gegen das Heidentum oder den innerchristlichen Kampf gegen Häresien, ob es sich um das Hobbessche ‚Gesetz des Dschungels‘ oder die marxistische Theorie des Klassenkampfes handelt, ob es sich um die auf dem System der Nationalstaaten beruhende Theorie internationaler Politik oder um Huntingtons ‚Clash of civilisations‘ handelt, all diese Auffassungen vom Kampf stehen mit dem politischen Freund/Feind-Konzept in engem Zusammenhang.“ (S. 15f). Anders als diese Theorien müsse es „eine Möglichkeit geben ..., auf irgendeine Art und Weise jeglichen Anderen in die Ordnung der Koexistenz zu integrieren ...“ (ebenda). Nicht politischer Kampf, sondern das Streben nach Koexistenz müsse im Zentrum stehen. Zu Hobbes heißt es: „Der Vorzug der Hobbesschen Annahme besteht darin, dass sie das Extrem der schlechtesten aller Welten aufzeigt. Ihre Schwäche besteht darin, dass sie das Gen der Kooperation ausschließt und damit dem Übergang der Menschheit vom Konflikt zur Kooperation die notwendige Basis entzieht. Hobbes Lösungsvorstellung, dass der Verbund der Starken Ordnung herstellt, ist nach wie vor ein Fehlschluss.“ (S. 17).

Den amerikanischen Philosophen John Rawls und dessen Theorie der Gerechtigkeit schätzt er, schreibt aber, dass dessen Annahme eines „Schleiers des Nichtwissens“ „die schlechteste Möglichkeit ausblendet (z.B. den Hobbes’schen Urzustand), damit die Bedingung von Politik abschwächt und keine universelle Geltung besitzt. Rawls’ Annahme ist bestenfalls auf die Frage von Vertragsverhältnissen beschränkt.“ (S. 17).

Klar, wenn und solange der Mensch des Menschen Wolf ist, herrschen Gewalt und Faustrecht. Aber wie kommt es dann zu internationalen Verträgen, zumal solchen, die von allen Seiten als „gerecht“ empfunden werden? Hier wird Zhao schwach. Er räumt ein, dass er in seinen ersten Schriften „die Bedeutung der UNO nicht in vollem Umfang verstanden und sie unterschätzt habe“ (S. 195), bezieht sich dann aber bei seinen Vorschlägen für eine kooperative Weltordnung weder auf die UNO noch auf internationale Normen und Standards – angefangen von der UN-Menschenrechtscharta über die ILO-Kernarbeitsnormen, die Millennium-Ziele, die Genfer Flüchtlingskonvention, den Internationalen Strafgerichtshof usw. Nichts davon taucht als positive Bezugspunkte auf, die es zu stärken gilt.

„Die UNO unternimmt alle Anstrengungen, in Streitfällen zu vermitteln, aber ihre systemische Macht ist letztlich beschränkt“, kritisiert er. Mag sein. Aber was folgt daraus? Die UNO sei

Anmerkung des Übersetzers	7	9. Warum können gute Ordnungen zusammenbrechen?	110
Vorwort	9	10. Das Tianxia als Methodologie	118
Einführung: Die Neudefinition des Politischen durch das Tianxia	13	2. Kapitel: Das in China verborgene Tianxia	122
1. Die Welt als politisches Subjekt	13	1. Das Mahlstrom-Modell	122
2. Die schlechteste und die beste aller möglichen Welten	17	2. Die Miniaturausgabe des Tianxia	136
3. Entitäten des Politischen	21	3. Der Kampf um die Herrschaft über die Zentralebene: Die »Jagd auf den Hirschen«	156
4. Die Inklusion der Welt und die Souveränität der Welt	26	4. Sein durch Veränderung	179
5. Relationale Rationalität	36	3. Kapitel: Gegenwart und Zukunft des Tianxia	181
6. Ein neuer Ausgangspunkt des Politischen	48	1. Die Weltgeschichte hat noch nicht begonnen	181
1. Kapitel: Die Geschichte des Tianxia-Konzepts	50	2. Die Frage Kants und die Frage Huntingtons	189
1. Die Welt als Ausgangspunkt der Politik	50	3. Zwei Arten der Externalität: die natürliche und die konstruierte	196
2. Die dreifach geschichtete Welt des Tianxia	59	4. Grenzen und Allumfassenheit	204
3. Übereinstimmung mit dem Himmel	61	5. Die materiellen Voraussetzungen eines neuen Tianxia	213
4. Die Institutionen des Tianxia-Systems	66	6. Ein Wörterbuch des neuen Tianxia	227
5. Allumfassenheit	71	Anmerkungen	241
6. Der Isomorphismus von Sippe und Tianxia	75	Namenregister	265
7. Das Mandat des Himmels	83		
8. Tugend und Kompatibilität	97		

„kein Modell der Weltverwaltung“, schreibt er (ebenda). „Erst die Umwandlung des globalen Finanzsystems, der Systeme der Hochtechnologie und der sozialen Medien in ein von der Welt gemeinsam geteiltes, besessenes und verwaltetes globales System“ eröffne eine Chance auf eine stabile Weltordnung. Das klingt ein wenig nach Sehnsucht auf die ferne Taube auf dem Dach, statt vorhandene Systeme und internationale Verträge auszubauen und zu stärken.

Auch seine Ausführungen zu Menschenrechten und Demokratie sind bestenfalls kryptisch. „So wie sich Plato und andere griechische Philosophen gegen die Demokratie aussprachen, so wandten sich Konfuzius und die ... Philosophen dagegen, den schwankenden Stimmungen der Menge zu gehorchen.“ (S. 95). Auch richtiges Wissen halte Menschen nicht von falschen Entscheidungen ab, „da die letzte Begründung für das Handeln nicht in der Wahrheit, sondern im Nutzen oder in den Begierden liegt“

Quellen: Zhao Tingyang, *Alles unter dem Himmel, Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung*. Suhrkamp Wissenschaft 2282, 266 Seiten, 2021; Henry Kissinger, *China*, 606 Seiten, C. Bertelsmann Verlag, 2011.

(ebenda). „Demokratie ist ... ein effektives Prozedere, um öffentliche Entscheidungen herbeizuführen, aber sie ist keine richterliche Instanz für Werte. Demokratie kann nicht garantieren, dass die getroffene Entscheidung die beste im Sinne des öffentlichen oder auch des individuellen Nutzens darstellt.“ (S. 44).

Das klingt ein wenig wie Sehnsucht nach einer „Herrschaft der Klugen“, wie sie auch abendländische Autoren wie Orson Welles oder die englischen Fabier gelegentlich als Rettung vor immer gefährlicheren Waffen und der Verführbarkeit der Menschen überlegten. Ohnehin ist für diejenigen, die die Geschichte Chinas in den letzten Jahrzehnten genauer verfolgt haben, an dem Werk dieses 1961 geborenen, in der Nach-Mao-Zeit groß gewordenen Sozialwissenschaftlers frappierend, wie mächtig die zu Zeiten von Mao Tse-tung bekämpfte Strömung konfuzianischen Denkens heutzutage offenbar unter Chinas Intellektuellen wieder ist.

/August 2021

Auslandskorrespondenz Nr. 6 1995 B 5

Kontroversen über den chinesischen Weg zum Sozialismus

Von Theodor Bergmann. Mit einer Replik auf „Politische Berichte“

Die Redaktion hat sich entschlossen, trotz der für unsere Zeitschrift ungewöhnlichen Länge von drei Zeitungsseiten den von Theodor Bergmann für die Zeitschrift „Sozialismus“ (Heft 2/95) verfassten Aufsatz über die Politik der VR China vollständig abzuveröffentlichen. Der Grund: Theodor Bergmann setzt sich ausführlich mit Positionen auseinander, wie sie sowohl in den „Politischen Berichten“ wie auch in der wohl vielen Leserinnen und Lesern noch bekannten, 1989 im GNN-Verlag erschienenen Dokumentation über die Kulturrevolution vertreten wurden. — (alk)

Auseinandersetzung mit dem „Maoismus“

ALFRED KÜSTLER, Stuttgart

1995 veröffentlichten die Politischen Berichte einen Beitrag von Theodor Bergmann „Kontroversen über den chinesischen Weg zum Sozialismus“. Theodor Bergmann, „als alter kritischer Marxist und antistalinistischer Kommunist“, so seine Selbstbeschreibung, kritisiert darin die vom BWK in den „Politischen Berichten“ vertretene Position zur Kulturrevolution. Die „Politischen Berichte“ hatten 1989 aus Anlass der Studentenunruhen in Peking die damalige chinesische Führung unter Deng Xiaoping kritisiert: „Der Aufbau des Landes sollte durch die Organisation der Produktion unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und durch die Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung

als Mittel zur Einsparung gesellschaftlicher Arbeit erfolgen. Das Ziel der Befreiung wurde in den Hintergrund gedrängt.“ Dagegen vertrat Theodor Bergmann, „ökonomische und politische Reform gehören zusammen. Vorrang für erstere bedeutet, dass man nach der Revolution vor allem die Produktivkräfte befreien muss, dass man Stalins und Maos Diktum von der Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Sieg eindeutig ablehnt.“

Bergmann erwähnt, dass die Politischen Berichte bereits begonnen hatten, eine kritische Diskussion über die Politik der KP Chinas zu führen und zitiert entsprechende Artikel (z.B. „Wohin geht die Volksrepublik China?“ (<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1991/pb91-20-ocr.pdf>). Der Artikel von Theodor Bergmann ist zugänglich unter: <http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1995/pb95-06-ocr.pdf>



VERLAGSTEXT: **Autor.** Li Junru ist Mitglied des Ständigen Ausschusses der PKKCV, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Parteischule des ZK der KPCh und Gelehrter. Er beschäftigt sich seit Langem mit der Geschichte der Sinisierung des Marxismus und ist derzeit stellvertretender Vorsitzender des Forums für Reform und Öffnung, stellvertretender Vorsitzender der historischen Gesellschaft der KPCh, der Gesellschaft für theoretische Forschung der PKKCV, der Chinesischen Forschungsgesellschaft für Menschenrechte und

Vorsitzender des Verbandes der in den Organen des ZK der KPCh tätigen Auslandschinesen. Li Junru hat Hunderte Artikel und Dutzende Bücher verfasst. Sein dreibändiges Werk über Mao Zedong erhielt den 11. Chinesischen Buchpreis.

Der Chinesische Traum. Übersetzt aus dem Chinesischen ins Deutsche von Wolfgang Schau, Burkhard Rissen. Redaktion: Martin Woessler. Europäischer Universitätsverlag, 2017. ISBN 978-3-86515-309-8

INHALT

Vorwort 7

Der Chinesische Traum ist ein Traum der Wiederbelebung der Nation ... 13

Der Chinesische Traum ist der gemeinsame Traum unserer Nation 14

Der Ursprung des Chinesischen Traums. 21

Der schwierige Weg zur Verwirklichung des Traums. 29

Der Chinesische Traum ist ein Traum von einem reichen und mächtigen Land, einer wieder-auferstandenen Nation und einem glücklichen Volk. 33

Der wesentliche Inhalt des Chinesischen Traums 34

Die Verpflichtung der KP Chinas gegenüber Staat, Nation und Volk . 36

Die Aufgabe der Ziele „Zweimal hundert Jahre“ 38

Der Chinesische Traum ist ein anschauliches Beispiel für die Sinisierung des Marxismus in China 41

Um den Chinesischen Traum zu verwirklichen, müssen wir am chinesischen Weg festhalten, das chinesische Nationalgefühl fördern und Chinas Kräfte bündeln 50

Um den Chinesischen Traum zu verwirklichen, müssen wir pessimistische Ideen und eine ungestüme Stimmung überwinden 56

Der Chinesische Traum ist ein Traum des Volkes 63

Der Chinesische Traum ist ein Traum des Landes und der Nation, aber auch jedes einfachen Chinesen ... 64

Ist der Chinesische Traum ein Traum des kollektiven Strebens oder einer des individuellen Kampfs? 71

Der Chinesische Traum ist auch ein Traum der Menschenrechte für das chinesische Volk. 74

Der Chinesische Traum ist eine dringende und schwierige Aufgabe. 82

Der Chinesische Traum handelt von friedlicher Entwicklung und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen. 85

Der Chinesische Traum und Chinas Weg der friedlichen Entwicklung. 86

Die neuen Ideen der friedlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen für den Ausbau unseres Weges der friedlichen Entwicklung nutzen. ... 101

Der Weg der friedlichen Entwicklung integriert Unabhängigkeit und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen 110

Der Chinesische Traum ist an die Träume der Weltbevölkerung gekoppelt. 114

Dialektische Logik in der Verwirklichung des Chinesischen Traums . 119

Die dialektische Beziehung zwischen Zielsetzung und Handeln 120

Die dialektische Beziehung zwischen Chancen und Herausforderungen 124

Die dialektische Beziehung zwischen Reform und Entwicklung 130

Die umfassende Vertiefung der Reform. 136

Der Chinesische Traum und der Parteiaufbau 159

Die Verwirklichung des Chinesischen Traums ist die zentrale Aufgabebefür die Stärkung des Parteiaufbaus. 160

Eine pragmatische und am Wohle des Volks orientierte Massenlinie garantiert die Verwirklichung des Chinesischen Traums 164

Die verstärkte Bestrafung von Korruption ist eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung des Chinesischen Traums 167

Eine zentrale Führung mit strikter Selbstdisziplin ist eine grundlegende Garantie für die Verwirklichung des Chinesischen Traums 176

„Der Chinesische Traum“ (180 Seiten) erschien 2017 im Europäischen Universitätsverlag als Nummer 9 der Schriftreihe „Chinesische Zeitdokumente“, diese zeigt – nach Verlagsangaben – „in direkter, unkommentierter Übersetzung die unverfälschte, aktuelle, offiziöse staatliche Sicht aus China. Realisiert mit staatlicher chinesischer Förderung.“ – Wir dokumentieren siehe Kasten links – den Verlagstext zur Person sowie das gesamte Inhaltsverzeichnis.

Li Junru „Der Chinesische Traum“ – Eine Strategie der Entwicklung wird vorgestellt

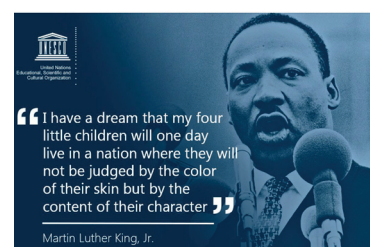
Auszüge und Notizen. Von MARTIN FOCHLER

Das Buch schildert in sehr kompakter Darstellung eine von der KP Chinas im Einvernehmen mit den Institutionen der Volksrepublik entwickelten und in der Meinungsbildung Chinas stark verankerten Strategie der Entwicklung, die sich von bisher – aus China oder sonst woher – bekannten Ansätzen unterscheidet. Die Gefahr, solchen Texten die eigenen Erwartungen aufzuladen, ist groß. Als Gegenmittel hilft gemeinsame Lektüre, Debatte zur Vermeidung krasser Fehldeutungen und gleichzeitigem Festhalten differierender Interpretationen bzw. Bewertungen. Eine Befassung im Rahmen der Linken Schule der ArGe wäre dazu eine Möglichkeit.

Exkurs: Wer in den sechziger Jahren jung und politisch engagiert war, wird sich noch an die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung erinnern. Die KP Chinas trat mit einem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“¹ hervor, die Erweiterung der im Kommunistischen Manifest 1848 kreierte Losung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“² zu „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“ traf einen Nerv der Zeit, brachte sie doch die fällige Abrechnung mit dem Kolonialismus mit den Emanzipationskämpfen in Metropolen zusammen.

Der Text, in dem Li Junru die von der KP Chinas und den politischen Institutionen der Volksrepublik unter dem Begriff „Der Chinesische Traum“ im letzten Jahrzehnt ausgebaute und popularisierte politische Strategie vorstellt, macht klar, dass die KP Chinas damit keineswegs einen neuen Vorschlag einer „Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ beabsichtigt. Man wendet sich vielmehr an die Weltöffentlichkeit, und versucht, den von der Volksrepublik eingeschlagenen Pfad der Entwicklung der inneren Verhältnisse Chinas der zwischenstaatlichen Beziehungen Menschen in anderen Ländern bzw. mit anderen Meinungen transparent zu machen. (John Rawls nennt dieses Verfahren „Die Idee der Öffentlichen Rechtfertigung“³ mit vollständiger Zustimmung sei dabei nicht zu rechnen, praktisch erreichbar sei eine „Verminderung der Meinungsverschiedenheiten wenigstens hinsichtlich der besonders konfliktträchtigen Streitpunkte.“) Das ist ein großer Schritt, weil er das Anspruchs nach ideologischer Führung und Hegemonie aufgibt.

Die Charakterisierung politischer Ziele als „Traum“ kann im deutschen Sprachgebrauch abwertend, im Sinne „haltloses Phantasiegebilde“ verwendet werden, hat sich aber auch zur Bezeichnung weit entfernt liegender, aber realistischer Ziele etabliert. Vielleicht ausgehend von Martin Luther King, „I have a dream“ – in seiner weltweit begeisternden Rede vom 28. August 1963, gegen Rassismus und für eine von Diskriminierung freie Gesellschaft.^{4,5} Jedenfalls kursieren auch im Deutschen Verwendungen wie „Hör‘ auf zu träumen“ und „... habe endlich meinen Traum verwirklicht“ nebeneinander. – Dass die Vokabel auch im analytischen Werkzeugkasten des Marxismus ihren Platz hat, belegt ein Zitat, das



Michael Brie anlässlich des Gedenkens an „200 Jahr Karl Marx – 150 Jahre ‚Das Kapital‘“ in der Zeitschrift „Luxemburg“ (Januar 2018) auf einen Marxschen Text aus der Entstehungszeit der kommunistischen Bewegung ausgegraben hat:⁶

„Unser ganzer Zweck kann in nichts anderem bestehen, [...] als dass die religiösen und politischen Fragen in die selbstbewusste menschliche Form gebracht werden. Unser Wahlspruch muss also sein: Reform des Bewusstseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analyse der mystischen, sich selbst unklaren Bewusstseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, dass die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie wirklich zu besitzen.“ (Marx 1844a, 346)

Im November 2012 wählte der 18. Parteitag der KP Chinas Xi Jinping als Generalsekretär. Wenig später hielt Xi anlässlich der Ausstellung „Der Weg zur Renaissance Chinas“ eine weithin beachtete Rede, Li Junru zitiert:

„Mit Blick auf die Zukunft Chinas sagte er: Jeder hat Ideale und Bestrebungen und jeder verfolgt seinen eigenen Traum. Jetzt, da alle über den Chinesischen Traum reden, meine ich, dass die Verwirklichung der nationalen Renaissance der größte Traum der Chinesen seit der Moderne ist.“ (L.J., S. 8)

Und weiter unten:

„Xi Jinpings Vorstellung der Chinesischen Traums fand im ganzen Land Widerhall. Indem er den Ausdruck chinesischer Traum verwendete, ein Ausdruck, der im Volk auf starke Sympathien stieß, gelang es ihm, den Willen des Volkes mit den Absichten der Partei zu synchronisieren.“ (L.J., S. 9)

„Renaissance“, zu Deutsch „Wiedergeburt“, wird meist verwendet, um den im Zuge der europäischen Staatenbildung erfolgten Rückgriff auf die kulturellen Leistungen namentlich der griechischen und römischen Antike zu bezeichnen. Der Ausdruck wird aber auch in vielen anderen Zusammenhängen gebraucht, wenn es darum geht, brachliegendes Kulturkapital (i.S. Bourdieu) als Ausgangspunkt von Neuentwicklungen aufzugreifen.⁷

„Der Chinesische Traum ist ein Traum von der Wiederbelebung der Nation“ (...) er besitzt deshalb so zwingende Kraft, weil er ein Traum der Renaissance unserer Nation ist. Der Chinesische Traum verbindet Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und besitzt reichen historischen Gehalt.“ (L.J. S. 13)

Eingeschlossen werden dabei auch Erfahrungen, die Menschen in konkreten politischen Systemen teilen. Wenn wir in Deutschland „Nie wieder Faschismus“ sagen und denken, wird angesprochen, dass Staat und Gesellschaft sich nationalsozialistisch formierten, einen Plan der Versklavung der Nachbargesellschaften entwarfen, einen Angriffs- und Vernichtungskrieg starteten, und bis zum Völkermord an den Juden gingen. „Nie wieder Faschismus“ funktioniert als Warnsignal, als Test, den politische Bestrebungen bestehen müssen.

Li Junru verweist in seiner Schrift auf eine Reihe von Erfahrungen, die Menschen, Gesellschaft und Staatswesen Chinas auf dem Weg in die Moderne gemacht haben. (Siehe dazu auch den Beitrag aus Baden-Württemberg, S. 14 dieser Publikation) Dabei kommt durchaus nicht nur die Perfidie imperialistischer und kolonialistischer Aggressionen in Betracht, sondern auch Versagen der Institutionen des kaiserlichen China:

„Im Jahr 1792 brachte der britische Sonderbotschafter Lord George Macartney anlässlich Kaiser Qianlongs 80. Geburtstags einige besondere Geschenke mit, darunter Himmelsgloben, Globen, Kanonen, Schiffsmodelle und Teleskope“ (L.J. S. 24.)

Die Hofbeamten hätten die zukunftsweisende Bedeutung dieser Erfindungen nicht, erkannt, sie als „seltsame Tricks und nutzloses Kunsthandwerk“ bezeichnet. Chancen und/oder Notwendigkeit einer Modernisierung wurden übersehen. In der Folge wurde das große China zum Objekt auswärtiger Mächte, kleiner Inseln in der Nordsee und sogar bloßer Firmeninteressen. Nachdem die East India Company China als Absatzgebiet des Opiumhandels erschlossen hatte, verbot das Kaiserreich 1839 der Opiumhandel. 1.2 Millionen kg wurden vernichtet. Dazu Wikipedia:⁸

„Die britische Seite nahm die Beschlagnahme des Opiums britischer Händler zum Anlass, den Krieg zu beginnen. Die Briten konnten das chinesische Kaiserreich in einer mehrjährigen Militärexpedition durch die Eroberung und Blockade strategisch gelegener Küstenstädte schließlich zu den Verträgen von Nanjing und Humen zwingen. Die Konzessionen dieser Verträge entzogen China die Souveränität über den eigenen Außenhandel und öffneten die chine-

sischen Märkte für die Briten und andere Europäer. Ebenso musste der chinesische Staat Reparationen für die britischen Kriegskosten und das vernichtete Opium leisten.“

Danach verwandelte sich, wie Li Junru schreibt, China nach und nach in eine halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft (L.J. S. 22). Es folgt eine Aufzählung weiterer Niederlagen, ein Verweis auf die „mehr als 700 ungleichen Verträge“ die China unterzeichnen, die Gebiete, die es abtreten, und die Reparationen, die gezahlt werden mussten, und die Demütigungen, die hinzunehmen waren.

„Vor diesem Hintergrund rief das chinesische Volk die Losung ‚Unsere Nation vor dem Untergang bewahren!‘. Unter dieser feierlichen und tragischen Losung leisteten die Chinesen nicht nur Widerstand gegen die Invasion durch ausländische Mächte, sondern dachten auch über die Mängel des eigenen Landes und die seit Langem bestehende Misswirtschaft nach.“ (L.J. S. 23)

Die nun einsetzende Bereitschaft zur Modernisierung führte zum Aufbau einer Flottenmacht, die obwohl zahlenmäßig stark, der ebenfalls modernisierten Flottenmacht des japanischen Kaiserreichs nicht standhalten konnte und, wie Li Junru lakonisch schreibt, 1894 versank.⁹

„Der tragische Untergang der Beiyang Flotte veranlasste chinesische Intellektuelle einzusehen, dass Chinas das Augenmerk zuerst auf die Reform seines Gesellschaftssystems zu richten hatte“ (L.J. S. 25)



Die Britische Ostindien-Kompanie-Raddampferfregatte Nemesis (rechts) beschießt chinesische Dschunken in der Anson's Bay, 7. Jan. 1841. Text u. Abb.:⁸



Zhenyuan, Schlachtschiff aus Stahl, 1882, Vulkan, Stettin, 7430 Tonnen, 14,5 Knoten, vier 12-Zoll-Geschütze, zwei 5,9-Zoll-Geschütze, drei 14-Zoll-Torpedorohre. Text u. Abb.:⁹

Ansätze zur Transformation des kaiserlichen China in eine konstitutionelle Monarchie scheiterten. Die mit dem Namen Sun Yat-Sen verbundene Revolution von 1911 versuchte dann,

„... eine bürgerliche Demokratie einschließlich von Mehrparteienwahlen zu etablieren und damit China politisch wie wirtschaftlich wiederzubeleben. Suns Revolution und die von ihm gegründete Republik China beendeten eine Jahrtausende alte Monarchie, versagten jedoch dabei, Chinas halbkolonialen und halbfeudalen Status zu verändern. Die Demokratie der Mehrparteienwahl degradierte zur Fehde zwischen Kriegsherren“ (L.J. S. 25)

Die Negierung von Entwicklung brachte China in die Lage eines halbkolonialen Landes. Entwicklung in technologischer Abhängigkeit und ohne politische Reform führte in den Untergang. Das Mehrparteiensystem führte unter den gegebenen „halbfeudalen“ und „halbkolonialen“ Umständen zum Bürgerkrieg, Hungersnöten, Massensterben. Das Risiko von Nicht-

Die Generalversammlung, nach Behandlung der Frage des Rechts auf Entwicklung, beschließt, die Erklärung über das Recht auf Entwicklung zu verabschieden, deren Wortlaut dieser Resolution als Anlage beigefügt ist. 96. Plenarsitzung, **4. Dezember 1986**

Erklärung über das Recht auf Entwicklung

Die Generalversammlung (Die in UN-Dokumenten regelmäßig vorangestellten umfangreichen Verweisungen und Erwägungsgründe werden hier aus Platzgründen weggelassen, sie können über die Internetquelle nachgesehen werden. M.F.) verkündet die folgende Erklärung über das Recht auf Entwicklung:

Artikel 1

1. Das Recht auf Entwicklung ist ein unveräußerliches Menschenrecht, kraft dessen alle Menschen und Völker Anspruch darauf haben, an einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll verwirklicht werden können, teilzuhaben, dazu beizutragen und daraus Nutzen zu ziehen.
2. Das Menschenrecht auf Entwicklung bedingt auch die volle Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, wozu vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen der beiden Internationalen Menschenrechtspakte auch die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf uneingeschränkte Souveränität über alle ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen gehört.

Artikel 2

1. Der Mensch ist zentrales Subjekt der Entwicklung und sollte aktiver Träger und Nutznießer des Rechts auf Entwicklung sein.
2. Alle Menschen tragen einzeln und gemeinschaftlich Verantwortung für die Entwicklung, wobei die Notwendigkeit der uneingeschränkten Achtung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie ihre Pflichten gegenüber der Gemeinschaft zu berücksichtigen sind, die allein die freie und volle Entfaltung des Menschen gewährleisten kann, und sie sollten daher eine der Entwicklung gemäße politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung fördern und schützen.
3. Die Staaten haben das Recht und die Pflicht, geeignete nationale Entwicklungspolitiken aufzustellen, die die stetige Steigerung des Wohls der gesamten Bevölkerung und aller Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer aktiven, freien und sinnvollen Teilhabe an der Entwicklung und an einer gerechten Verteilung der daraus erwachsenden Vorteile zum Ziel haben.

Artikel 3

1. Die Staaten tragen die Hauptverantwortung für die Schaffung nationaler und internationaler Bedingungen, die der Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung förderlich sind.
2. Die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung erfordert die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen.
3. Die Staaten haben die Pflicht, miteinander zusammenzuarbeiten, um Entwicklung herbeizuführen und Entwicklungshindernisse zu beseitigen. Die Staaten sollten ihre Rechte so wahrnehmen und ihren Pflichten so nachkommen, dass hierdurch eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der souveränen Gleichheit, der Interdependenz, der gemeinsamen Interessen und der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten sowie die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte gefördert werden.

Artikel 4

1. Die Staaten haben die Pflicht, einzeln und gemeinschaftlich Maßnahmen zur Aufstellung internationaler Entwicklungspolitiken zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, die volle Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung zu erleichtern.
2. Zur Förderung einer rascheren Entwicklung der Entwicklungsländer sind konsequente Maßnahmen erforderlich. Ergänzend zu den Anstrengungen der Entwicklungsländer ist eine wirksame internationale Zusammenarbeit unerlässlich, damit diese Länder die geeigneten Mittel und Einrichtungen erhalten, um ihre umfassende Entwicklung weiter vorantreiben zu können.

Artikel 5

Die Staaten ergreifen energische Maßnahmen, um die massiven und flagranten Verletzungen der Menschenrechte von Völkern und Menschen zu beseitigen, die von Situationen betroffen sind, wie

sie durch Apartheid, alle Formen des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung, Kolonialismus, Fremdherrschaft und ausländische Besetzung, Aggression, fremde Einmischung und Bedrohungen der nationalen Souveränität, nationalen Einheit und territorialen Integrität, Kriegsdrohungen sowie die Weigerung, das Grundrecht der Völker auf Selbstbestimmung anzuerkennen, verursacht werden.

Artikel 6

1. Alle Staaten sollten mit dem Ziel zusammenarbeiten, die universale Achtung und Wahrung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne jeden Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern, zu unterstützen und zu festigen.
2. Alle Menschenrechte und Grundfreiheiten sind unteilbar und interdependent; der Realisierung, der Förderung und dem Schutz der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sollte gleiche Aufmerksamkeit und dringliche Beachtung geschenkt werden.
3. Die Staaten sollten Maßnahmen zur Beseitigung von Entwicklungshindernissen ergreifen, die sich aus der Nichtbeachtung bürgerlicher und politischer sowie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte ergeben.

Artikel 7

Alle Staaten sollten sich für die Schaffung, Wahrung und Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einsetzen und zu diesem Zweck alles in ihren Kräften Stehende tun, um eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle herbeizuführen und um sicherzustellen, dass die durch effektive Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Ressourcen für eine umfassende Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, verwendet werden.

Artikel 8

1. Die Staaten sollten auf nationaler Ebene alles Erforderliche zur Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung tun und gewährleisten u.a. die Chancengleichheit für alle beim Zugang zu Grundressourcen, Erziehung, Gesundheitsdiensten, Nahrung, Unterkunft, Arbeit und einer gerechten Einkommensverteilung. Durch wirksame Maßnahmen sollte sichergestellt werden, dass Frauen im Entwicklungsprozess eine aktive Rolle spielen. Es sollten geeignete wirtschaftliche und soziale Reformen mit dem Ziel vorgenommen werden, alle sozialen Ungerechtigkeiten auszumerzen.
2. Die Staaten sollten die Mitwirkung der Bevölkerung an allen Bereichen als eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung und die volle Verwirklichung aller Menschenrechte fördern.

Artikel 9

1. Alle in dieser Erklärung niedergelegten Aspekte des Rechts auf Entwicklung sind unteilbar und interdependent und sollten jeweils im Gesamtzusammenhang gesehen werden.
2. Keine Bestimmung dieser Erklärung ist dahingehend auszulegen, dass sie im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehe bzw. dass sich daraus das Recht eines Staates, einer Gruppe oder einer Person ableiten lasse, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die auf die Verletzung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den Internationalen Menschenrechtspakten festgelegten Rechte abzielt.

Artikel 10

Durch geeignete Maßnahmen sollte für die volle Ausübung und den fortschreitenden Ausbau des Rechts auf Entwicklung gesorgt werden, so auch durch die Formulierung, Verabschiedung und Implementierung politischer, gesetzgeberischer und sonstiger Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene.

<https://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar41128.pdf>

Entwicklung stellt sich vor diesem Hintergrund auch für die Einzelnen als Frage von Untergang und Überleben. Gesellschaftlich tief sitzt die Erkenntnis, dass Entwicklung ohne Bereitschaft zu „Öffnung“, d.h. des Aufgreifens von Ideen, Techniken und Produkten der globalen Welt scheitert, und dass diese Offenheit politisch gesteuert werden muss. Der Marxismus bot die Möglichkeit, Voraussetzungen von Entwicklungen zu analysieren und politisch zu steuern.

An dieser vielschichtig verankerten und politisch verarbeiteten Erfahrung setzt die mit „Chinesischer Traum“ umrissene Strategie an. Sie handelt von Entwicklung auf zwei Feldern und in zwei Schritten. So formuliert Xi Jinping (zitiert nach L.J. S.39) im Jahr 2013:

„Unsere Zielsetzungen sind: Bis zum Jahr 2020 soll die Verdopplung des Brutto-Inlandsproduktes und des Pro-Kopf-Einkommens der Stadt und Landbewohner im Vergleich zu 2010 realisiert und der Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand umfassend vollendet werden; der Aufbau eines modernen sozialistischen Landes, das reich, stark, demokratisch, zivilisiert und harmonisch ist, soll bis Mitte des 21. Jahrhunderts vollendet und der Chinesische Traum von der nationalen Renaissance verwirklicht werden.“

Brutto-Inlandsprodukt (BIP): Eine Maßzahl. Im internationalen Vergleich für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft, als Zeitreihe für ihre Aufwärts- bzw. Abwärtsentwicklung. Das BIP kann steigen, ohne dass es den Leuten besser geht (zum Beispiel, wenn die Zusatzleistung in der Rüstung verschwindet). Deswegen ist die zweite Festlegung wichtig.

Pro-Kopf-Einkommen (PKE): Ein Durchschnittswert für die Lebensqualität der Einzelnen bzw. der Familien. Die Frage der Verteilung zwischen niedrigen und hohen Einkommen macht dieser Wert allerdings nicht kenntlich.

Die Kopplung der Entwicklung von BIP und PKE enthält das Versprechen der politischen Instanzen, Entwicklung von Staat und Unternehmen nicht durch Verluste an Lebensqualität der Einzelnen zu finanzieren. Die amtliche Mitteilung von Kennziffern bedeutet einen Schritt in Richtung Transparenz. Mit Blick auf 2010-2020 wurde beim BIP¹⁰ das Ziel der Verdopplung überschritten, beim Pro-Kopf-Einkommen (reales Wachstum laut offiziellen Daten 100,8%) erreicht.¹¹

Wenn Xi Jinping „reich, stark, demokratisch, zivilisiert und harmonisch“ als in der Zukunft liegende Ziele benennt, darf man das auch als höflich-kritische Beschreibung des aktuellen Zustands lesen. Es ist zu beachten, dass auch die innere Organisation der Volksrepublik entwickelt werden soll.

Für die weltweite Diskussion der Politik der VR China ist erheblich, dass die genannten Ziele in der Weltöffentlichkeit diskutiert sind und übergreifend in internationalen Erklärungen als leitende Normen kodifiziert sind und internationale Einrichtungen begründen.

„Der Chinesische Traum ist im Grunde genommen ein Traum der Modernisierung. Anstatt Machtpolitik und Hegemonie zielt Chinas Modernisierung vor allem darauf ab, das Recht der Bevölkerung auf Leben und Entwicklung zu fördern. Chinas Modernisierung verkörpert so seine elementare Auffassung über die Menschenrechte, dass das Recht auf Leben und Entwicklung die grundlegendsten Menschenrechte sind.“ (L.J. S. 76)

Positiv und ausführlich zitiert Li Junru den Absatz 1. Der „UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung“¹² beschlossen von der Generalversammlung der UN 4. Dezember 1986 (siehe vorige Seite) sowie den Punkt 14 (Abschnitt I) der „Wiener Erklärung und das Aktionsprogramm“ von 1993¹³

„Chinas Auffassung über die Menschenrechte wurde der Konsens unter allen Entwicklungsländern der Welt genauso wie in der internationalen Gemeinschaft. In der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung heißt es:

„Das Recht auf Entwicklung ist ein unveräußerliches Menschenrecht, kraft dessen alle Menschen und Völker Anspruch darauf haben, in einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll verwirklicht werden können, teilzuhaben, dazu beizutragen und daraus Nutzen zu ziehen.“ Die Wiener Erklärung und das Aktionsprogramm ergänzt: „Die Existenz der weit verbreiteten extremen Armut verhindert den vollen und wirksamen Genuss der Menschenrechte; ihre sofortige Linderung und letztliche Abschaffung muss für die internationale Gemeinschaft auch weiterhin hohe Priorität genießen.““ (L.J. S. 76/77)

Fazit

Mit der Entwicklung des großen China unvermeidlich verbunden ist eine Verschiebung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse, die zu militärischen Konflikten führen kann. Wenn Kommunistische Partei und Volksrepublik den Weg einschlagen, ihre globalen Ziele unter Beachtung international kodifizierter Normen – Beispiel Recht auf Entwicklung – transparent zu begründen und zu verfolgen, entsteht eine neuartige Chance, dem Trend zur Bildung von „Fronten“, „Lagern“, „Koalitionen der Willigen“ usw. entgegenzuwirken.

Der Kampf um die öffentliche Meinung – im eigenen politischen System und in der globalen Welt wäre dann auf die Beachtung derartiger Normen im eigenen politischen System auszurichten. Man müsste lernen, mit politischen Leitlinien umzugehen, die nur wirken, wenn sie in den Einzelstaaten aufgegriffen werden. Die Bildung solcher Normen wäre Geschäft der internationalen Debatte, ihre innerstaatliche Durchsetzung bliebe Sache des politischen Kampfs um Gesetzgebung und Regierungsmacht.

Das breite, in den Staaten der globalen Welt unter sehr unterschiedlichen Bedingungen wirkende Spektrum emanzipativer Bewegungen wäre aufgerufen, Anliegen der Emanzipation der arbeitenden Klassen als internationale Norm aufzustellen und in den Beschlussgang der UN einzubringen.

Dies geschieht nachweislich seit der Gründung internationaler Institutionen, – Gewerkschaften, NGOs und sogar Kirchen sind dabei hochaktiv, die linke Parteidiskussion lässt diese Chance aber weitgehend aus.

Ein Grund dafür mag in der Geschichte liegen. Die Frontbildung der alten Mächte gegen die Oktoberrevolution machte die Parteinahme für die Sowjetunion zur Pflicht und der hartnäckige Widerstand gegen die Dekolonisierung der Welt die umstandslose Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Die Tendenz zur bedingungslosen Solidarität hatte einen sehr realen Hintergrund.

Wenn die KP Chinas ihre Strategie der Weltöffentlichkeit unter Bezug auf international anerkannte Kriterien vorstellt, z.B. auf die sehr vielseitige „Erklärung zum Recht auf Entwicklung“, wäre eine Diskursverschiebung denkbar. Es ginge dann nicht mehr um „Solidarität mit China“ oder „Bündnis zur Eindämmung Chinas“, sondern um die Anerkennung internationaler Normen durch alle verwickelten Staaten und ihre Durchsetzung als geltendes Recht und Leitlinie des Handelns im eigenen Staat. Man kann Lin Junru dankbar sein, für diesen Zugang zur chinesischen Diskussion und den Hinweis auf Möglichkeiten internationalen Zusammenwirkens in einem diskursiven Format.

1 <http://www.pagina-libre.org/MPPA/Texte/Mao/Generallinie.html>

2 Manifest der Kommunistischen Partei, Internetquelle: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

3 John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness – Ein Neuentwurf, Frankfurt 2003, § 9, S. 55)

4 Text der Rede in deutscher Sprache: <https://usa.usembassy.de/etexts/soc/traum.htm>

5 Abbildung: <https://www.facebook.com/unesco/posts/on-this-day-in-1963-martin-luther-king-jr-changed-the-world-with-his-dream-and-y/10155677970853390/>

6 <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/vor-alle-revolutionaer-marx-und-die-strategiefrage/>

7 „Renaissance Fahrrad“ liefert bei Google „Ungefähr 1.560.000 Ergebnisse (0,64 Sekunden)“

8 https://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Opiumkrieg

9 Zum Nachschlagen empfohlen sei der Eintrag „Beiyang Flotte“ bei Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Beiyang_Fleet, (automatische Übersetzung).

10 BIP China – Bruttoinlandsprodukt der Volksrepublik bis 2025 | Statista

11 Chinas verfügbares Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2020 verdoppelt sich gegenüber 2010 (china-embassy.org)

12 <https://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar41128.pdf>

13 Die Textfassung dieses Dokumentes in der folgenden Quelle ist nicht textgleich mit dem Zitat bei Li Junru, es handelt jedenfalls um den Punkt 14. https://menschenrechte-durchsetzen.dgyn.de/fileadmin/user_upload/menschenr_durchsetzen/bilder/Menschenrechtstdokumente/2.1_Wiener_Erklärung_und_Aktionsprogramm_web.pdf

Text und Abbildungen übernommen aus: <https://www.kontextwochenzeitung.de/zeitgeschehen/545/als-racheengel-nach-china-7709.html>

Württemberger im Boxerkrieg

Als Racheengel nach China

Erhard Korn

Vor rund 120 Jahren schlugen europäische, amerikanische und japanische Truppen den „Boxeraufstand“ in China mit extremer Grausamkeit nieder. Im deutschen Expeditionskorps waren auch viele württembergische Soldaten, darunter der Stuttgarter Offiziersbursche Sofonias Theuß. Wie viele andere brachte er reichlich Raubgut mit.

Am 13. August 1900 erhielt der Offiziersbursche Sofonias Theuß, der gerade in der Stuttgarter Reiterkaserne die Pferde seines Hauptmanns Max von Gemmingen versorgte, ein Telegramm: „Wir gehen nach China. Komme nachts.“ Zunächst fuhren er und der Hauptmann im Zug nach Berlin, dann „unter den Klängen der Stadtkapelle und unter Hurrarufen von dem dort versammelten Volk“ zur Einschiffung nach Bremen, so Theuß in seinen Aufzeichnungen. Wiederum „unter den tausendfachen Hochrufen der Soldaten auf den Schiffen und der großen Volksmenge“ legten die Truppentransporter ab. Dem ungelerten Arbeiter Theuß, gerade mal 25 Jahre alt, der schon als Jugendlicher in einer Cattedruckerei bei 45 Grad hatte schuften müssen, winkte das große Abenteuer.

Den Suezkanal erreichten die Schiffe am 11. September, am 24. September Ceylon, wo die Briten gerade 800 gefangene Buren an Land brachten – in Südafrika unterwarfen sie gerade die gold- und diamantreichen Kaprepubliken. Dem verlustreichen und grausamen Krieg verdankt die Welt die „Konzentrationslager“. Wenige Tage später bewunderte Theuß in Singapur die „vornehmen Paläste der weißen Herrenvölker aus Europa, auf denen häufig die englische Flagge wehte“.

„Am 16. Oktober wurde Taku im Golf von Petschili erreicht. Wir erfuhren, dass sich die Chinesen sehr weit ins Land zurückgezogen hatten und nicht mehr kämpfen wollten. Wir waren enttäuscht – hatte doch Kaiser Wilhelm II. in seinem Scheidegruß an das Ostasiatische Expeditionskorps in Bremerhaven uns angefeuert, auch wegen der Ermordung des deutschen Gesandten in Peking, Freiherrn von Ketteler am 20. Juni 1900. In diesem Sinne waren wir vorbereitet, als Racheengel zu kommen.“

Schon einmal 1897 hatte Wilhelm seine Racheengel nach China geschickt – die Ermordung von zwei deutschen Missionaren war ihm eine willkommenen Gelegenheit, das von Admiral Tirpitz zuvor ausgewählte Kiautschou an der chinesischen Ostküste zu besetzen. Doch die einheimische Bevölkerung wehrte sich

gegen Eisenbahnbau und Sklavenarbeit, gegen Christianisierung und Fremdherrschaft. Auch für die verheerenden Überschwemmungen und die Hungersnot, die 1899 Millionen Opfer forderten, wurden die Fremden verantwortlich gemacht – vor allem von den „Faustkämpfern vereinigt für Gerechtigkeit“, von den Europäern „Boxer“ genannt. Diese „Yi Ho Tuan“ wuchsen in den Hungerregionen schnell zu einer antikolonialen und antichristlichen Massenbewegung mit 500 000 meist jugendlichen Anhängern.

Ketteler hatte die Belagerung provoziert

Der deutsche Gesandte Ketteler tat sich als aktiver Befürworter der „Politik des großen Stocks“ hervor, als sich die Yi Ho Tuan in Peking zeigten. Anfang Juni verprügelte er einen „Boxer“ mit dem Spazierstock und „verhaftete“ einen Jungen, den er in der deutschen Botschaft „offenbar in einem Tobsuchtsanfall“ erschoss, wie er einem Freund bekannte. Als am 17. Juni 1900 eine Gruppe „Boxer“ ihre rituellen Übungen vor der Stadtmauer abhielt, an die die Botschaft grenzte, schossen Ketteler „und seine fröhlichen Mannen“ auf die Chinesen „wie auf Tontauben“ und richteten ein Blutbad an.

Die englischen Diplomaten warfen dem Deutschen nicht zu Unrecht vor, so die legendäre Belagerung des Gesandtschaftsviertels provoziert zu haben. Als Ketteler sich am 20. Juni beim chinesischen Außenministerium über die Beschränkungen beschwerten wollte, wurde er auf der Straße von dem chinesischen Wachsoldaten En Hai erschossen. En Hai gab im Verhör glaubhaft an, es habe zuvor ein Schusswechsel stattgefunden, ausgelöst vermutlich durch Ketteler selbst – doch Wilhelm II. brauchte wieder einen Märtyrer, für den er seine Racheengel schicken konnte.

Auch viele Württemberger meldeten sich – offenbar hofften die meist aus Dörfern stammenden Freiwilligen auf Ruhm und Ehre und eine lebenslange Pension. Am 13. Juli wurden die Freiwilligen des Grenadierregiments Königin Olga im Hof der Rotenbühlkaserne verabschiedet, angefeuert vom württembergischen König Wilhelm II. und dem Kriegsminister, zu dessen Stab Theuß Chef, Hauptmann Max von Gemmingen, gehörte.

Bei deren Verabschiedung in Bremerhaven hielt Kaiser Wilhelm II. seine berühmte Hunnenrede: „Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass es niemals wieder ein Chineser wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“

Die Hunnen in China

Doch die „Hunnen“, wie die Deutschen fortan genannt wurden, kamen zur großen Enttäuschung des Kaisers erst vier Wochen nach der Eroberung Pekings durch eine alliierte Strafexpedition an. Über den Marsch nach Peking schrieb Theuß am 14. November an seine Eltern:

„Man findet von Taku bis Peking selten ein unzerstörtes Haus, alles ist zerbrochen und zerschlagen. Es lässt sich hier sehr gut erkennen, dass man sich auf einem Schlachtfelde befindet, denn

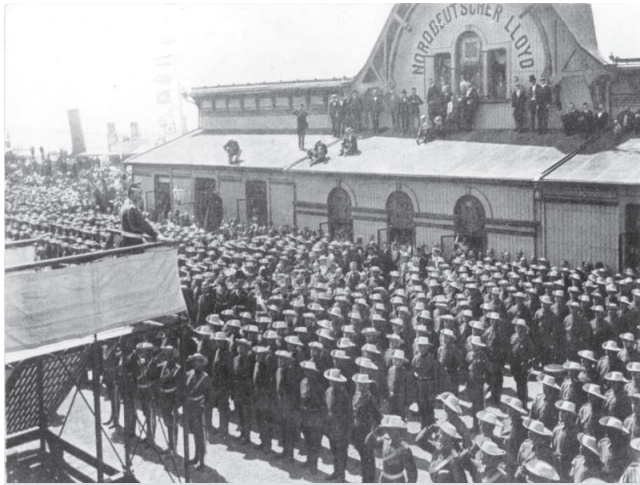


Ein sogenannter Boxer.

Foto: Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=21611>



Sofonias Theuß (rechts) 1901 in Peking. Foto: Feilerseiten.de



Kaiser Wilhelm II. (auf dem Balkon) hält seine „Hunnenrede“.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-B0313-0014-067 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, Link <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5432269>

verwesende Leichen, sowie Pferde und allerhand mögliches Zeug bekommt man zu Gesicht.“

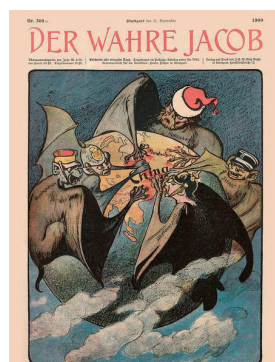
Die „Kulturmission“ der 19000 deutschen Soldaten bestand bis in den April 1901 hinein in Strafexpeditionen gegen Orte, in denen man auf Grund von dubiosen Denunziationen „Boxer“ vermutete. Was sich dahinter verbarg, erfuhr die deutsche Öffentlichkeit bald aus den Feldpostbriefen von Soldaten, die Angehörige an Zeitungen weitergegeben hatten:

„Du hättest sehen sollen, wie wir in die Stadt einrückten. Alles, was uns in den Weg kam, ob Mann, Frau oder Kind, alles wurde abgeschlachtet. Nun, wie die Weiber schrien! Aber des Kaisers Befehl lautet: keinen Pardon geben.“

„Alles, was leicht wegzuschleppen war, wurde fortgetragen.“ Es wurde „alles niedergemetzelt, was uns in die Finger kam, dabei wurden weder Weib noch Kind verschont. Gegen Abend brannten wir die ganze Stadt nieder. Ich sah an diesem Tag eher einem Metzger als einem deutschen Soldaten ähnlich.“

Mit einer Klagewelle ging das preußische Kriegsministerium gegen die Zeitungen vor, da die Veröffentlichungen geeignet seien, „das Ansehen der deutschen Armee zu schädigen“. Selbst beidseitige Aussagen von Soldaten wurden von den Richtern, meist selbst Reserveoffiziere, nicht zur Entlastung zugelassen: Schließlich

gehe es nicht um den Wahrheitsgehalt, sondern um den Tatbestand der Armeebeleidigung! Auch in Stuttgart wurden Redakteure des linksliberalen „Beobachters“ und der sozialdemokratischen Zeitungen „Schwäbische Tagwacht“ und „Wahrer Jacob“ verurteilt, doch das Aufsehen war so groß, dass der Reichstag die „Hunnenbriefe“ erbittert debattierte – der SPD-Parteivorsitzende August Bebel nutzte sie für eine Generalabrechnung mit der als zivilisatorische Mission verkauften Eroberungspolitik.



Karikatur aus der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der wahre Jacob“ vom 11. September 1900. Bild: gemeinfrei

Auch Theuß berichtete in einem Brief an die Eltern, wie Gefangenen vor versammelter Mannschaft die Köpfe abgeschlagen und zur Abschreckung auf Pfähle gespießt wurden. Nach der Ankunft beteiligten sich auch die Deutschen an der Plünderung des schon völlig zerstörten Peking. Im Brandschutt eines kaiserlichen Palastes grub Theuß wertvolle Buddhafiguren, Elefanten und Teller aus, die er säuberte und in einer Kiste mit nach Hause nahm. Bis zu 15 lange Transportkisten mit geplünderten Antiquitäten ließen sich dagegen Offiziere von ihren Burschen mit Beutestücken vollpacken. Zu ihnen gehörte auch Carl Walde-

mar Werther als Leiter der Nachrichtenabteilung. Er freute sich über „vergoldete Kupferarbeiten, die ich im Interesse der Vernichtung des Heidentums aus dem Tempel der 10000 Buddhas in der Kaiserstadt hier weggenommen habe. Auch ein Thronbuddha befindet sich dabei.“ So schrieb Werther am 7. Dezember 1900 an Graf von Linden, nach dem das Lindenmuseum in Stuttgart benannt ist. Es zeigt den Buddha aktuell in der Werkstattausstellung „Schwieriges Erbe“.

Vor 120 Jahren, am 7. September 1901, betrat Theuß wieder deutschen Boden und nahm seinen Dienst in Stuttgart auf. Das neue Pferd seines Hauptmanns nannte er die „Boxerin“. Stolz zeigte er sich in seiner Heimat bei Heidenheim in seiner Tropenuniform. Stolz zeigte er auch die mitgebrachten Antiquitäten, die ihm den Namen „China-Theuß“ einbrachten und in der China-Stube im Steinheimer Heimatmuseum zu besichtigen sind.

Der Sühneprinz

Am gleichen Tag endete in Peking der „Boxerkrieg“. Die acht Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich, Deutsches Reich, Italien, Österreich-Ungarn, Russland, USA und Japan diktieren China ein ruinöses „Friedensprotokoll“. Als besondere Demütigung bestand Wilhelm II. darauf, dass ein Vertreter der chinesischen Dynastie mit einem Kotau vor ihm Abbitte leistet. Und so musste der „Sühneprinz“ Chun am 4. September 1901 im Neuen Schloss in Potsdam erscheinen:



Demütigung: Der „Sühneprinz“ Chun (sitzend) in Potsdam.

Foto: Unbekannt. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=615206>

„Der Kaiser ließ sich, ohne den Helm abzulegen, mit Marschallstabe in der Hand, auf dem Throne nieder und schaute mit tieferster Miene dem jugendlichen Prinzen entgegen, der unter tiefer Verbeugung in der Thür des Saales erschienen war.“ Nach einigem diplomatischen Geplänkel hatte Berlin auf den Kotau verzichtet. Der Prinz drückte nach mehrmaligen tiefen Verbeugungen „sein tiefes Bedauern über die vorjährigen Ereignisse“ aus. Wilhelm II., dessen Truppen gerade Nordchina raubend und mordend durchzogen hatten, ermahnte ihn, China müsse sich gewissenhaft an „der Sitte zivilisierter Nationen“ orientieren. Was mag sich der Prinz dabei gedacht haben?

In den nächsten Tagen wurde er als Sehenswürdigkeit in der Berliner Gesellschaft herumgereicht, die erstaunt bemerkte, dass er „die feinen Unterschiede zwischen Fisch-, Braten- und Obstbesteck aufs genaueste einhielt“. Außenminister Richthofen betonte bei dieser Gelegenheit das Ziel, „sich nach Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse das chinesische Reich als Absatzgebiet für die deutsche Industrie zu sichern“.

Der Prinz hatte Geschenke des chinesischen Kaisers mitgebracht, deren Annahme der deutsche Kaiser aber verweigerte und die daher an Museen verteilt wurden, zwei auch nach Stuttgart.

Das Räuchergefäß aus Bronze und ein Lichtschirm aus dem Besitz der mächtigen Kaiserinwitwe Cixi sind gerade in der Ausstellung im Lindenmuseum „Linden-Museum und Württemberg im Kolonialismus“ zu sehen.

Feindbild China: Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen.

221 S. Berlin: edition ost.

Besprechung von JÜRGEN FISCHER, München

Der Verfasser ist promovierter Logistiker und verbrachte u.a. mehrere Jahre in Vertretung der DDR als Spezialist für Containertransporte im nicht-sozialistischen Ausland. Ab 1990 war er beruflich in China und dem Fernen Osten tätig. Von dort aus hatte er Gelegenheit, die Entstehung und Entwicklung der Neuen Seidenstraße mitzuverfolgen. Das aufschlussreiche Buch entstand nach seiner Pensionierung und verhilft zu einem Blick auf die Verfasstheit der chinesischen Gesellschaft mit ihrer langen Geschichte. Eine wesentliche Rolle zum Verständnis des neuzeitlichen Chinas spielen die Schlüsse, die die VR China aus der vielfältigen Unterdrückung der chinesischen Bevölkerung durch die kolonialen und imperialistischen Staaten Europas und durch Japan gezogen hat. Behrens beschreibt die Transformation von einem Land mit feudalen Zuständen zum wirtschaftlich und sozial stark aufgestellten Staat. Hunger und Elend konnten weitgehend abgeschüttelt werden. China ist schon längst nicht mehr in der Situation, sich von den USA und Europa in irgendeiner Form die Politik diktieren lassen zu müssen und absehbar auf dem Weg, die global maßgebliche Wirtschaftsmacht, noch vor den USA und der EU, zu werden. Diese Entwicklung schreitet rasant fort und fordert die traditionellen Industriestaaten nicht nur mit einem ökonomischen Gegenentwurf heraus.

Der chinesische Weg zum Sozialismus mag Erstaunen oder auch Zweifel hervorrufen, aber immerhin hat es die KP Chinas verstanden, die oft menschenunwürdigen Zustände im Lauf der Jahre nach und nach zu drehen. Nicht umsonst spricht man in China von einem ganz eigenen Weg zum Sozialismus, der pragmatisch die spezifischen Umstände aufgreift und nicht übertragbar ist. Die Chinesen sind konsequent in der Umsetzung von Erkenntnissen und Interessen, auch global. Imperialistisch sind sie damit noch lange nicht. Eher im Gegenteil.

Der umfangreichste Teil des Buches setzt sich mit der Neuen Seidenstraße auseinander. Hier beschreibt Behrens das Interesse der Chinesen an sicheren Transportverbindungen durch den Warenverkehr über Land, den Ausbau von zivilen Stützpunkten, Pipelines, Containerterminals, Investitionen in die Infrastruktur und Kommunikationswegen in Ländern der sog. Dritten Welt. Dabei stellt er klar: „Natürlich machen die Chinesen nichts aus Altruismus, aber sie wissen, dass jeder einzelne Teilnehmer vom Aufschwung aller profitiert.“ Diese Vorgehensweise stellt die Logik des Imperialismus in Frage. Sie greift den Westen in seinem kapitalistischen Grundverständnis an und lenkt den Blick auf dessen Gier nach Rohstoffen in Russland, Afrika und nicht zuletzt China. Zu seinem Ärger hat es China geschafft, mit der RCEP die größte Freihandelszone der Welt auf die Beine zu stellen, die Europa und die USA links liegen lässt. Und nicht nur das: das Bündnis kommt ohne Hegemonialverhältnisse und imperialistische Ansprüche aus und scheint finanziell passabel ausgestattet zu sein. Behrens gelingt es, die daraus erwachsenden Desinformationskampagnen des Westens zu delegitimieren, die darauf abzielen, die Chinesen als die schlimmsten aller Kapitalisten dastehen zu lassen. Solche Vorgehensweisen sind nicht neu.

Nicht nur Behrens treibt am Schluss die Frage um, ob letzten Endes die Kräfte gegen einen möglichen Krieg des Westens gegen China stark genug sein werden. Mit seiner Einschätzung, dass ein großer Teil der EU-Kapitalisten einen Krieg scheuen würde, weil das – noch – auf Kosten sicherer Absatzmärkte ginge, liegt er sicherlich nicht falsch. Das Buch ist lesenswert und bereichernd. (5. Juni 2021)

<http://www.linkekritik.de/index.php?id=805>

Eine durchgehende Katalogisierung der Politischen Berichte zum Stichwort „China“ hat noch nicht stattgefunden.

Hier Quellenhinweise zu seit 2018 erstellten PB-Beiträgen zum Stichwort „China“

Edda Lechner, Helmut Lechner, PB04/2021, S.06

Neuseeland zwischen Australien, Großbritannien, EU und China.

Neuseeland will noch in diesem Jahr sowohl mit Großbritannien wie der EU Freihandelsverträge abschließen und gleichzeitig seine guten Handelsbeziehung mit China weiter ausbauen.

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2021/pb21-04-i.pdf#page=06>

Christoph Cornides, Martin Fochler, PB04/2021, S.27c

Beilage China-Rezensionen in Planung – Bitte um Vorschläge.

Innere Verhältnisse der Volksrepublik China und außenpolitischen Absichten von Partei, Staat und Wirtschaft sind Gegenstand einer breiten Diskussion geworden. Um die Sichtung dieses weiten Feldes durchaus widersprüchlicher Texte zu erleichtern, planen die Politischen Berichte (Bereich Diskussion Dokumentation) und der Kurs Internationales der Linken Schule eine Sonderbeilage, in der Lektüreberichte zum Thema gesammelt werden.

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2021/pb21-04-i.pdf#page=27>

Hardy Vollmer, PB05/2020, S.24

„Krieg im Pazifik“ unvermeidlich?

Wer bedroht hier wen? • Warum wird China zu einem Hauptfeind der „westlichen Welt“ • UN-Charta als Leitbild für internationale Kooperationen

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-05-i.pdf#page=24>

Eva Detscher, Paola Giaculli-d, PB07/2019, S.07

Durch die Ozeane zur Macht. Chinas „Maritime Seidenstraße“ und das Ringen um globale Vorherrschaft

Die Häfen Triest und Genua in Italien sollen zum Brückenkopf für die neue Seidenstraße werden. Für die Staaten Osteuropas ergeben sich wirtschaftliche Chancen, andere Häfen im Mittelmeer (Griechenland, Israel, Nordafrika) und Firmen aus ganz Europa sind Vertragspartner von China – eine aufstrebende maritime Macht.

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1907/pb19-07-i.pdf#page=07>

Karl-Helmut Lechner, PB11/2018, S.02c

Chinesisches Hospitalschiff unterwegs in Ozeanien.

Das chinesische Hospitalschiff „Peace Ark“, eine Art mobiles Krankenhaus mit etwa 300 Betten, acht Operationssälen und mehr als 200 Arten von medizinischen Geräten, legte eine Woche auf der Insel Tonga im Pazifik an und behandelte dort kostenlos 4 000 Patienten.

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb1811/pb18-11-i.pdf#page=02>



Das chinesische Hospitalschiff „Peace Ark“.